

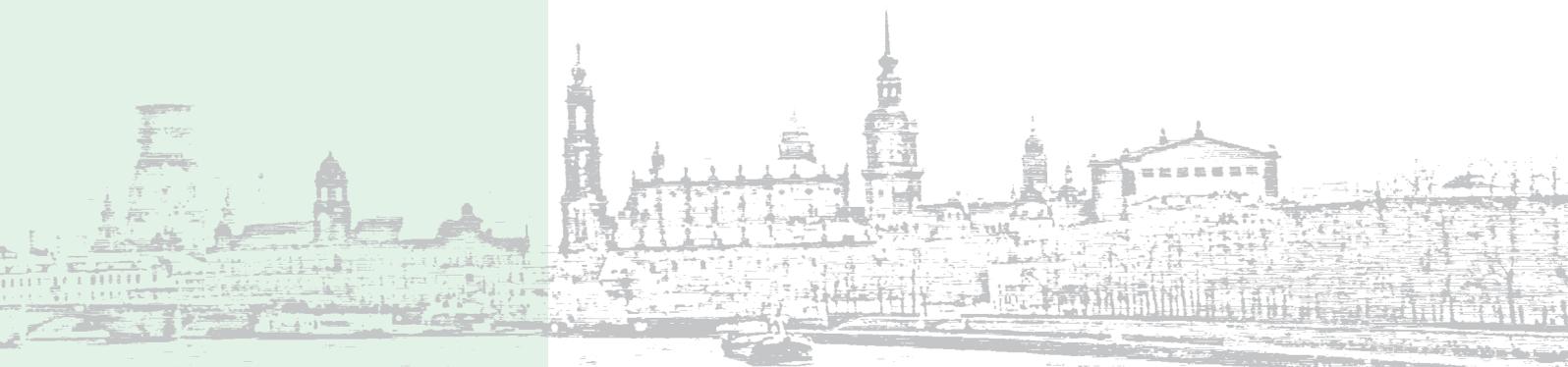
# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Michael Berlemann, Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*  
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2005/2006
- *Sabine Engelmann*  
Internationaler Handel und der Arbeitsmarkt Sachsens
- *Wolfgang Nierhaus*  
Deutschlandprognose 2005/2006

## Im Blickpunkt

- *Beate Grundig*  
Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II



12. Jahrgang (2005)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Michael Berlemann

Technische Leitung: Carsten Pohl

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 4/2005

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2005/2006

3

Michael Berlemann, Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Im vorliegenden Beitrag wird die aktuelle Konjunkturprognose des ifo Instituts für Sachsen und Ostdeutschland für die Jahre 2005 und 2006 vorgestellt. Zunächst wird das verwendete Prognoseverfahren kurz erläutert, wobei auch auf den aus der Umstellung der amtlichen Statistik resultierenden zukünftigen Reformbedarf der Methodik eingegangen wird. Anschließend wird die erwartete Entwicklung der sächsischen und der ostdeutschen Wirtschaft anhand wichtiger Teilaggregate skizziert und die hiermit voraussichtlich verbundene Beschäftigungsentwicklung dargestellt. Schließlich liefert der Beitrag eine kurze Bestandsaufnahme der Wirkungen von Hartz IV auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Sachsen und Ostdeutschland.

### Internationaler Handel und der Arbeitsmarkt Sachsens: Sind niedrig qualifizierte Beschäftigte die Verlierer im Globalisierungsprozess?

11

Sabine Engelmann

Ein hohes Exportvolumen, niedriges Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosenquoten der niedrig qualifizierten Erwerbsfähigen kennzeichnen seit langem die Wirtschaft Deutschlands. Für Sachsen sind ähnliche Trends beobachtbar. Diese Entwicklungen sind unter anderem eine Konsequenz der Globalisierung bei bestehenden rigiden Löhnen in Deutschland und werden unter dem Schlagwort „Basarökonomie“ zusammengefasst. Die folgende Studie untersucht dieses Phänomen für Sachsen und gibt Antwort, inwieweit Sachsens Unternehmen die Kostenvorteile aus Produktionsverlagerungen ins Ausland nutzen und welche Folgen dies für den sächsischen Arbeitsmarkt hat.

### Deutschlandprognose 2005/2006: Nur langsam aufwärts

18

Wolfgang Nierhaus

Nach relativ gutem Start zu Jahresbeginn ist die Konjunktur in Deutschland im Frühjahr wieder ins Stocken geraten sein. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im ersten Halbjahr 2005 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum aufgrund der ölpreisbedingten Terms-of-Trade-Verluste nur um 0,8 % gestiegen sein. Auch im Jahresdurchschnitt ist das Wirtschaftswachstum auf 0,8 % zu veranschlagen, nach 1,6 % im Jahr 2004. Im nächsten Jahr dürfte sich das Expansionstempo der Produktion – parallel zur Besserung der Weltkonjunktur – wieder leicht beschleunigen; die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte sich dann auf 1,2 % belaufen.

## Im Blickpunkt

### Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II – Was wird sich ändern?

26

Beate Grundig

In diesem Beitrag werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II genauer vorgestellt. Da sich die derzeit geltenden Regeln zum Hinzuverdienst im Herbst dieses Jahres ändern, werden diese Änderungen und deren Auswirkungen in diesem Beitrag ebenfalls analysiert.

**Daten und Prognosen**

**Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich** 30

**Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest** 32

**Aus der ifo Werkstatt**

**ifo Veranstaltungen** 36

**ifo Vorträge** 36

**ifo intern** 36

# Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2005/2006

Michael Berlemann, Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt\*

Am 27. Juni dieses Jahres hat das ifo Institut im Rahmen eines Pressegesprächs und einer Pressemitteilung die Eckdaten der Konjunkturprognose für Sachsen und Ostdeutschland für die Jahre 2005 und 2006 vorgestellt. Im vorliegenden Beitrag wird diese Prognose umfassender dokumentiert. Zunächst wird das verwendete Prognoseverfahren kurz vorgestellt, wobei auch auf den aus der Umstellung der amtlichen Statistik resultierenden zukünftigen Reformbedarf der Methodik eingegangen wird. Anschließend wird die erwartete Entwicklung der sächsischen und der ostdeutschen Wirtschaft anhand wichtiger Teilaggregate (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Gastgewerbe) skizziert und die hiermit voraussichtlich verbundene Beschäftigungsentwicklung dargestellt. Schließlich liefert der Beitrag eine kurze Bestandsaufnahme der Wirkungen von Hartz IV auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Sachsen und Ostdeutschland.

## Prognosemodell und zukünftige Herausforderungen

Bei der Prognose der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaftsentwicklung ist einigen Besonderheiten Rechnung zu tragen. So stehen für die ostdeutschen Bundesländer erst ab 1991 zuverlässige makroökonomische Eckdaten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zur Verfügung. Zudem sind aufgrund der starken Friktionen in Folge des Transformationsprozesses insbesondere die ersten Jahre der ostdeutschen Entwicklung von starker Volatilität geprägt gewesen, so dass sich die Zahl der zur Konjunkturprognose verwendbaren Datenpunkte hierdurch zusätzlich verringert. Auch stehen viele Zeitreihen nicht oder nur in geringerer Frequenz zur Verfügung als für Gesamtdeutschland. Vor dem Hintergrund dieser Probleme wird zur Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der ostdeutschen Bundesländer ein dreistufiges Verfahren angewendet. Die Prognose des sächsischen BIP erfolgt analog zur Prognose des ostdeutschen BIP.

In einem ersten Schritt wird das BIP Ostdeutschlands für die Jahre 2005 und 2006 mit Hilfe eines sog. „VGR-Modells“ geschätzt. Hierzu wird zunächst die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und der Produktivität mit einem mehrjährigen Trend sektorenspezifisch fortgeschrieben. Anschließend wird mit diesen Größen die

erwartete zukünftige Bruttowertschöpfung ermittelt. Auch die unterstellten Bankgebühren und die Differenzen aus Gütersteuern und Gütersubventionen werden mittels eines mehrjährigen Trends bestimmt und fließen dann in die Berechnung des erwarteten Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland ein. Das Ergebnis ist eine sog. „Trendprognose“.

In einem zweiten Schritt werden dann die Ergebnisse aus dem grundlegenden VGR-Modell mit Hilfe von sog. „ökonometrischen Satellitenmodellen“ verfeinert. Hierbei wird eine Zwei-Säulen-Strategie verfolgt: Zum einen werden Satellitenmodelle verwendet, um direkt Prognosen für die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche zu generieren. Derzeit existieren solche Satellitenmodelle für die Bereiche verarbeitendes Gewerbe, Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, Groß- und Einzelhandel und Gastgewerbe. Diese Bruttowertschöpfungsprognosen werden dann in das grundlegende VGR-Modell eingearbeitet. Dabei werden die Sektoren, für die keine Satellitenmodelle zu Verfügung stehen, zu einem „virtuellen“ Sektor „sonstige Sektoren“ zusammengefasst und erneut mit einem mehrjährigen Trend fortgeschrieben. Zum anderen werden mit Hilfe von weiteren Satellitenmodellen Beschäftigungsprognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche erstellt. Da monatliche Beschäftigungsdaten für alle Sektoren existieren, kann hier prinzipiell für jeden Sektor ein Satellitenmodell konstruiert werden. Über die Fortschreibung der Produktivitätsentwicklung aus der Vergangenheit lassen sich dann weitere Prognosen der Bruttowertschöpfung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche generieren. Auch diese werden in den grundlegenden VGR-Modellrahmen eingearbeitet. Es ergeben sich hiermit zwei sog. „erweiterte Trendprognosen“ für das Bruttoinlandsprodukt.

In einem dritten und abschließenden Schritt wird aus den beiden erweiterten Trendprognosen unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie in der ifo Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland zum Ausdruck kommen, zusätzlicher Informationen (z. B. über die Ansiedlung von neuen Betrieben, den Folgen der Flutkatastrophe etc.) und subjektiver Einschätzungen eine „Konsensprognose“ für die voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung entwickelt.

\* Dr. Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer, Beate Grundig und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter und Beate Schirwitz Doktorandin der ifo Niederlassung Dresden.

Im April dieses Jahres hat die amtliche Statistik ihre Berechnungen auf die sog. Vorjahrespreisbasis (vgl. Box) umgestellt. Während das ifo Institut seine Prognosemethodik für Gesamtdeutschland bereits an die neue Datenqualität angepasst hat, ist dies auf Länderebene derzeit

noch nicht möglich. Hier erfolgt die Umstellung erst zu Beginn des Jahres 2006. Bis dahin beruhen die Prognosen des ifo Instituts für Ostdeutschland und Sachsen zwangsläufig auf der Preisbasis des Jahres 1995.

### Box: Umstellungen der amtlichen Statistik auf die Vorjahrespreisbasis

Das Statistische Bundesamt hat im April 2005 erstmals Zahlen unter Berücksichtigung der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) veröffentlicht. Mit dieser großen Revision folgte das Statistische Bundesamt den Vorgaben der EU-Kommission. Insbesondere die Umstellung der Preisbereinigung von der Festpreis- auf die Vorjahrespreisbasis stellt eine wesentliche konzeptionelle Änderung dar, die bei der Konjunkturprognose berücksichtigt werden muss. Im Folgenden werden die Hauptaspekte dieser Revision kurz dargestellt.

Die wichtigste Veränderung ist die Umstellung des Verfahrens zur Preisbereinigung. Um die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seiner Teilaggregate im Zeitablauf zu analysieren und Aussagen über Konjunktur und Wachstum zu ermöglichen, werden üblicherweise keine nominalen sondern reale Größen verwendet. Der Grund hierfür ist, dass nominale Werte neben den im Mittelpunkt des Interesses stehenden Mengeneffekten auch Preiseffekte enthalten. So treibt beispielsweise die Inflation das Bruttoinlandsprodukt in die Höhe, selbst wenn genau so viele Waren und Dienstleistungen produziert werden wie zuvor. Andererseits können fallende Preise beispielsweise im Informationstechnologiesektor dazu führen, dass der nominale Wert der Produktion in diesem Bereich abnimmt, obwohl faktisch mehr Teile hergestellt wurden. Diese Preiseffekte sollten aus der Betrachtung herausgefiltert werden. Das bisherige Verfahren der Preisbereinigung beruhte auf der Verwendung eines Indexes, der sich auf die Preisstruktur eines festen Basisjahres bezog, zuletzt 1995. Dabei werden die nominalen Angaben zur Ermittlung realer Größen durch den Preisindex dividiert und sind dann durch die Verwendung eines einheitlichen Preissystems direkt vergleichbar. Dieses Verfahren ist aber nicht unproblematisch, weil sich die Preise der einzelnen Warengruppen nicht gleichmäßig ändern. Damit verändern sich auch die Gewichte, die diese Bestandteile im Index haben sollten. Außerdem reagieren auch die Verbraucher auf die unterschiedliche Entwicklung der Preise und fragen entsprechend veränderte Warenkörbe nach. Je weiter daher das betrachtete Jahr vom Basisjahr entfernt ist,

desto weniger ist der Index geeignet, tatsächliche Verhältnisse abzubilden. Wird das Basisjahr verändert, so schlägt sich dies außerdem in veränderten realen Wachstumsraten für ein und denselben Zeitraum nieder.

Die nun eingeführte Verwendung der Vorjahrespreisbasis zur Preisbereinigung vermeidet diese Probleme. Anstatt das Preisschema eines beliebig weit zurückliegenden Jahres anzuwenden, werden die nominalen Werte eines Jahres mit den Preisen des Vorjahres bereinigt, um reale Wachstumsraten zu ermitteln. Um dennoch Veränderungen in Bezug auf ein beliebiges Basisjahr zu ermitteln, werden die Indizes des betreffenden Zeitintervalls multiplikativ verkettet. Gerade für die Konjunkturanalyse und Prognose ergeben sich aus dieser Verfahrensänderung allerdings erhebliche Probleme, da diese durch verkettete Indizes ermittelten Absolutwerte nicht mehr additiv konsistent sind. Bisher entsprach das reale BIP stets der Summe seiner Teilaggregate (z. B. Investitionen, Konsum, Importe und Exporte). Dies trifft jetzt nur noch auf das Referenzjahr und das erste darauf folgende Jahr zu. Ebenso entspricht die Summe der Bruttoinlandsprodukte der einzelnen Bundesländer nun nicht mehr automatisch dem BIP von Gesamtdeutschland.

Zwei weitere wichtige Änderungen in der VGR sind die Aufteilung der – bisher unterstellte Bankgebühren genannten – FISIM auf die Verwender und die Einbeziehung neuer statistischer Daten wie die Dienstleistungsstatistik und hedonische Preisindizes. FISIM ist die englische Abkürzung für „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Zur Ermittlung des BIP werden diese zukünftig auf die Verwender (Kreditnehmer und Einleger) aufgeteilt und beeinflussen damit, wenn sie nicht als Vorleistung in den Produktionsprozess eingehen, die Bereiche Konsum und Exporte (abzüglich Importe). Unter „hedonischer Preismessung“ versteht man die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen in der Preisbereinigung. Gerade technisch hochwertige Güter ändern sich stark im Zeitverlauf und sind daher mit ihren Vorgängerprodukten nur schwer vergleichbar. Preissteigerungen sind dann nicht nur auf Inflation, sondern auch auf Verbesserungen

der Qualität und Leistung zurückzuführen. Die hedonische Preismessung wird in immer mehr Bereichen eingesetzt.

Weitere Informationen zur Revision der VGR bieten die Homepage des Statistischen Bundesamtes [www.destatis.de](http://www.destatis.de) sowie NIERHAUS (2004, 2005).

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen

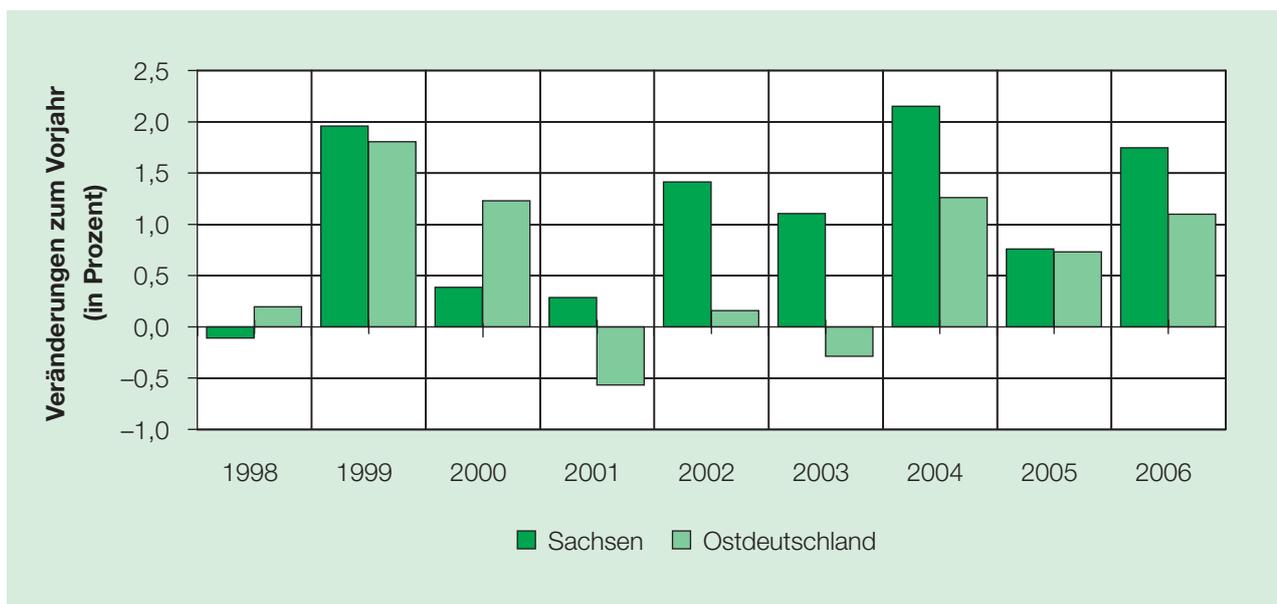
Im Jahr 2004 ist das sächsische Bruttoinlandsprodukt kräftig gestiegen. Von Preiseinflüssen bereinigt ergab sich ein Zuwachs von 2,2 % (vgl. Abb. 1).<sup>1</sup> Damit verlief die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen deutlich günstiger als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer und in Deutschland insgesamt. In den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Mittel um 1,3 % gewachsen. Die gesamtdeutsche Wirtschaftsleistung erhöhte sich im letzten Jahr preisbereinigt um 1,6 %. Maßgeblich für die günstige Wirtschaftsentwicklung in Sachsen war erneut das hohe Wachstum im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe. Im verarbeitenden Gewerbe<sup>2</sup> ist die reale Bruttowertschöpfung um 11,5 % gestiegen. In diesem Jahr dürfte das sächsische Wirtschaftswachstum allerdings erheblich schwächer ausfallen. Für das Jahr 2005 prognostiziert das ifo Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8 %. Damit dürfte das sächsische Bruttoinlandsprodukt ungefähr mit dem Bundesdurchschnitt und geringfügig stärker als die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt wachsen.

### Wachstumsdelle im I. Quartal 2005

Die Prognose reflektiert den Umstand, dass die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe zu Jahresbeginn recht verhalten verlief. Im ersten Quartal 2005 lag der Gesamtumsatz<sup>3</sup> im verarbeitenden Gewerbe Sachsens um 0,2 % unter dem Niveau vor Jahresfrist. Besonders starke Rückgänge waren in den baulichen Bereichen Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (-14,6 %) aber auch im Fahrzeugbau (-15,7 %) zu verzeichnen. Im Fahrzeugbau hat sich das vergleichsweise hohe Niveau des Euro-Wechselkurses offenbar dämpfend auf das Exportgeschäft ausgewirkt. Im ersten Quartal dieses Jahres ist der Auslandsumsatz in diesem Bereich um 33,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen.

Im sächsischen Bauhauptgewerbe ist der Gesamtumsatz<sup>4</sup> im ersten Quartal 2005 um 33,7 % unter das Vorjahresniveau gesunken. Von dem Rückgang waren die Unternehmen im Hoch- und Tiefbau etwa gleichermaßen betroffen (-36,9 % und -32,0 %). Für den Umsatzrückgang dürfte in erster Linie das Auslaufen der

**Abbildung 1: Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts in Sachsen und in Ostdeutschland (mit Berlin)**



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Flut-Sonderkonjunktur verantwortlich gewesen sein. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, dass sich die saisonal typische Frühjahrsbelebung in diesem Jahr witterungsbedingt verzögerte.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung zu Jahresbeginn spiegelt sich auch in den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wider. Im Rahmen des ifo Konjunkturtests werden monatlich zirka 600 sächsische Unternehmen in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel nach der aktuellen Geschäftslage und den Perspektiven für das nächste halbe Jahr befragt. In Abbildung 2 sind die saisonbereinigten und geglätteten Salden der Geschäftslagebeurteilungen von Januar 2002 bis März 2005 dargestellt.<sup>5</sup> In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 beurteilten die Unternehmen des sächsischen verarbeitenden Gewerbes ihre Geschäftslage deutlich ungünstiger als zum Ende des Jahres 2004. Der Saldo der Geschäftslagebeurteilungen des Bauhauptgewerbes verharrte zeitgleich auf einem relativ niedrigen Niveau. Auch im Handel konnte sich die zum Ende des letzten Jahres feststellbare Lageverbesserung im ersten Quartal 2005 offenbar nicht fortsetzen.

### Ausblick für die nächsten Monate

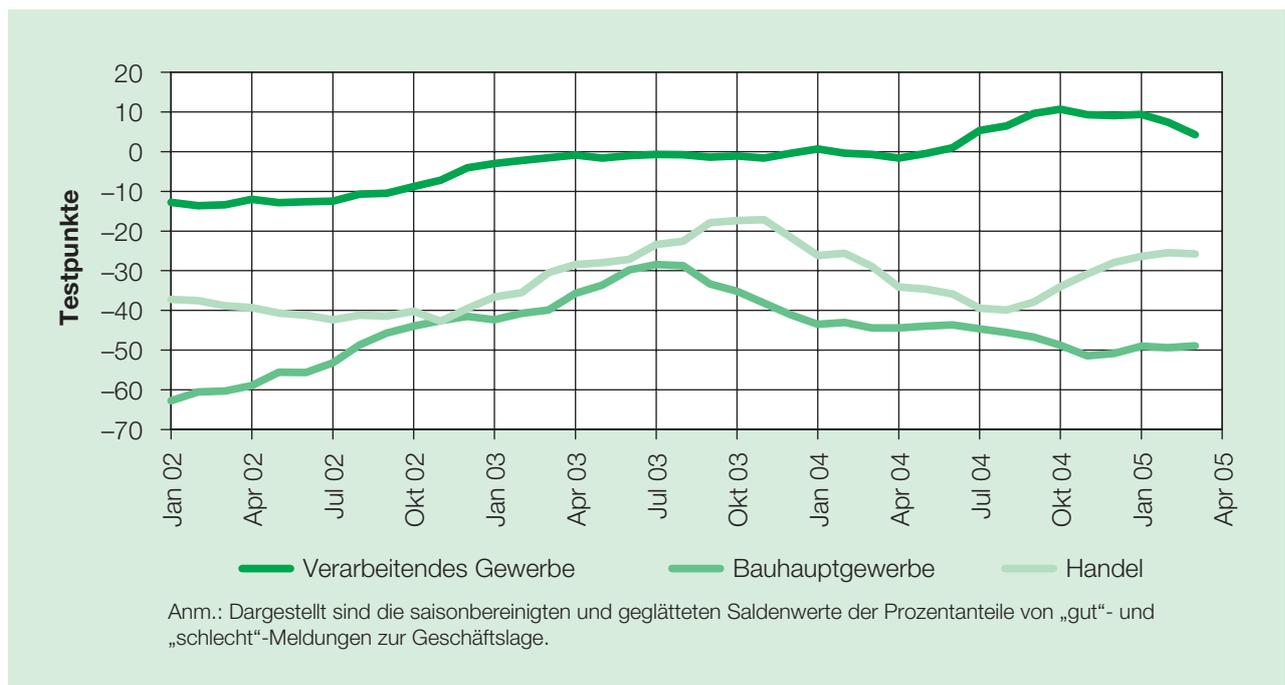
Im weiteren Verlauf des Jahres 2005 dürfte die Wachstumsschwäche jedoch einer dynamischeren Entwicklung

weichen. Darauf deuten unter anderem die Meldungen zu den Geschäftsaussichten hin. Die vom ifo Institut befragten sächsischen Unternehmen beurteilten ihre Perspektiven zu Beginn des Jahres 2005 insgesamt deutlich optimistischer als in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2004.

Hinzu kommt, dass der effektive Euro-Wechselkurs jüngst eine Abwertung erfuhr und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Produkte auf den Märkten außerhalb der Eurozone somit tendenziell zunahm. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe dürften daher der Umsatz und die Wertschöpfung in den nächsten Monaten wieder ansteigen. Für das gesamte Jahr 2005 wird ein Wachstum der realen Bruttowertschöpfung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes von sechs Prozent prognostiziert (vgl. Abb. 3).

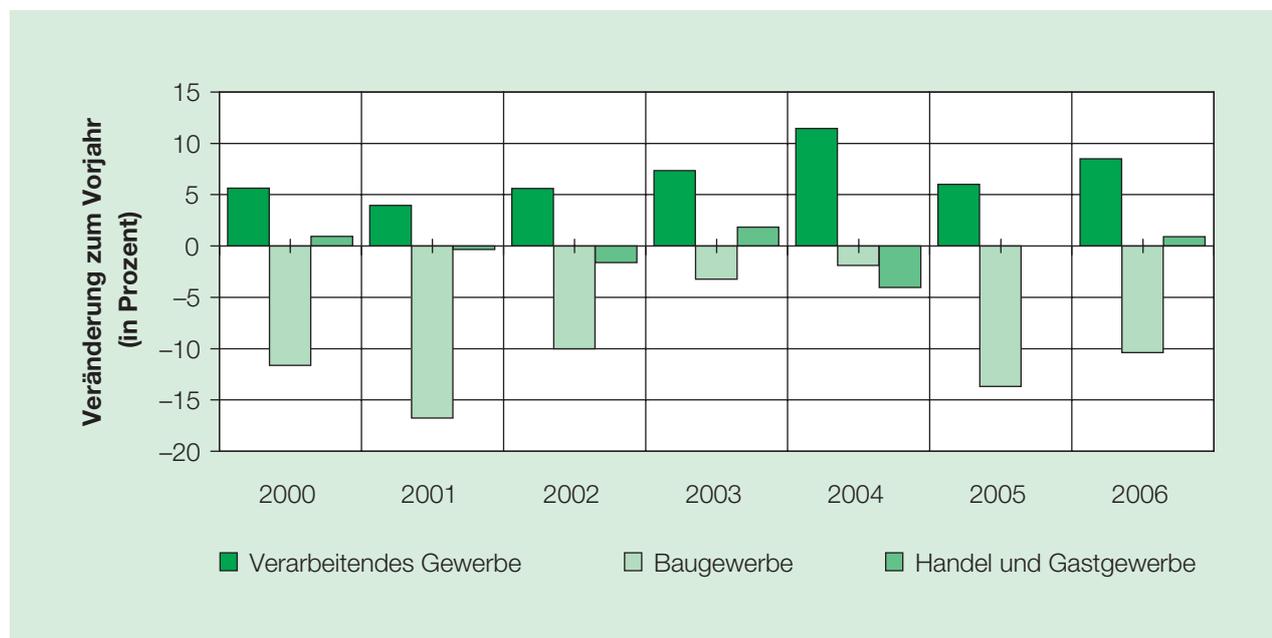
Im Bauhauptgewerbe deutet der zu Jahresbeginn recht niedrige Auftragseingang hingegen auf eine weitere Schrumpfung hin. Die Summe der Auftragseingänge<sup>6</sup> lag in den ersten drei Monaten um 26,5 % unter dem Vorjahresniveau. Für das Baugewerbe wird aus diesem Grunde ein weiterer Rückgang des Umsatzes und der Wertschöpfung prognostiziert. Im Jahr 2005 dürfte die reale Bruttowertschöpfung im sächsischen Baugewerbe um rund 14 % abnehmen. Die Unternehmen im Ausbaugewerbe sind der Prognose zufolge von der Schrumpfung etwas stärker betroffen als die Unternehmen im Bauhauptgewerbe. Im Handel und im Gastgewerbe ist

**Abbildung 2: Geschäftslagebeurteilungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Veränderungen der realen Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft**



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006 (Handel 2003 bis 2006): Prognose des ifo Instituts.

aufgrund der nur geringfügig belebten Binnennachfrage im gesamten Jahr 2005 eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten.

Das 2005 vermutlich deutlich verlangsamte Wachstum der sächsischen Wirtschaft wird zu einem spürbaren Verlust an Beschäftigung führen (-1,0%). Die insbesondere im Baugewerbe zu erwartenden Arbeitsplatzverluste können durch Beschäftigungsgewinne in anderen Sektoren voraussichtlich nicht kompensiert werden.

### Höheres Wachstum im nächsten Jahr

Im Jahr 2006 dürfte sich das Wirtschaftswachstum in Sachsen wieder deutlich beschleunigen. Das Bruttoinlandsprodukt wird dann voraussichtlich um 1,7% zunehmen. Die verbesserten Exportaussichten infolge der jüngsten Euro-Abwertung aber auch die inzwischen gewachsene industrielle Struktur und hieraus resultierende Folgeansiedlungen dürften zu einem höheren Wachstum führen. Für das verarbeitende Gewerbe wird ein Anstieg der realen Bruttowertschöpfung von rund neun Prozent prognostiziert. Auch von der im Jahr 2006 stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft sind expansive Impulse zu erwarten. Im Handel und Gastgewerbe dürfte sich dies in einem Anstieg der realen Bruttowertschöpfung von rund einem Prozent niederschlagen. Für das Baugewerbe wird hingegen ein Rückgang von reichlich zehn Prozent prognostiziert. Die übrigen Wirtschaftsbereiche

werden voraussichtlich wie bereits im Vorjahr um etwa 1,4% wachsen.

Das im Jahr 2006 voraussichtlich wieder deutlich beschleunigte Wachstum der sächsischen Wirtschaft wird allerdings abermals noch nicht ausreichen, um zu einem Anstieg der Beschäftigung zu führen. Vielmehr wird voraussichtlich auch 2006 die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen noch einmal leicht rückläufig sein (-0,2%).

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland

Wie bereits erwähnt, ist das reale Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Bundesländer im Jahr 2004 durchschnittlich um 1,3% gewachsen. In diesem Jahr ist ebenfalls mit einer zunehmenden Wirtschaftsleistung zu rechnen. Das Wachstum dürfte allerdings deutlich geringer als im Vorjahr ausfallen. Für das Jahr 2005 wird ein Anstieg des realen ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts von 0,7% prognostiziert. Die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes dürfte in diesem Jahr in einer ähnlichen Größenordnung wachsen wie in Sachsen (vgl. Tab. 1). Dem Anstieg im verarbeitenden Gewerbe wird jedoch ein weiterer Rückgang im Baugewerbe gegenüberstehen. Noch immer ist der Bausektor in Ostdeutschland, gemessen an westdeutschen Verhältnissen, überdurchschnittlich groß, so dass mit einer weiteren Schrumpfungstendenz zu rechnen ist.<sup>7</sup>

Im Jahr 2006 wird das reale ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,1 % zunehmen. Das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe dürfte aufgrund des gegenwärtig sehr hohen Ölpreises etwas niedriger als im Vorjahr ausfallen. Zeitgleich ist mit einer Beschleunigung der Schrumpfung des Bausektors zu rechnen. Die vermutlich leicht verbesserte gesamtdeutsche konjunkturelle Lage<sup>8</sup> und die Fußball-Weltmeisterschaft werden sich hingegen erhöhend auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Diese Effekte dürften insbesondere im Handel und im Gastgewerbe aber auch in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung zu einem höheren Wachstum führen.

Trotz der voraussichtlich sowohl 2005 als auch 2006 wachsenden Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands wird die Beschäftigung vermutlich in beiden Jahren abnehmen. Das ifo Institut prognostiziert in diesem Jahr eine Abnahme der Erwerbstätigkeit von 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. Mit der erwarteten zunehmenden Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr wird voraussichtlich auch die Zahl der Erwerbstätigen weniger stark zurückgehen (-0,3 %), aber in Anbetracht des zu erwartenden Produktivitätsfortschritts und des voraussichtlich fortschreitenden Strukturwandels trotzdem noch nicht ausreichen, um in der Summe zusätzliche Arbeitsplätze zu generieren.

### Eine erste Bestandsaufnahme: 6 Monate „Hartz IV“

Die öffentliche Diskussion um die Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) war im vergangenen Jahr allgegenwärtig. Mit der Einführung des ALG II wurden die bisherigen Leistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Leistung verschmolzen. Dies hat zur Folge, dass auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, die bisher nicht zwangsläufig arbeitslos waren, nun als Arbeitslose in die Statistik eingehen. Vor diesem Hintergrund war über den Jahreswechsel 2004/2005 mit einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit über der saisonal üblichen Zunahme zu rechnen.

Tatsächlich stieg die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf mehr als 5 Millionen Personen – den höchsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Dieser Anstieg der gesamtdeutschen Arbeitslosenzahlen wird aber im Großen und Ganzen durch einen enormen Anstieg der Zahlen in Westdeutschland getragen: die Arbeitslosigkeit erhöhte sich hier im Durchschnitt des 1. Halbjahres 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 %. In Ostdeutschland stieg zwar die Arbeitslosigkeit ebenfalls an, aber mit knapp 5 % deutlich schwächer als in Westdeutschland (vgl. dazu auch Abb. 4).

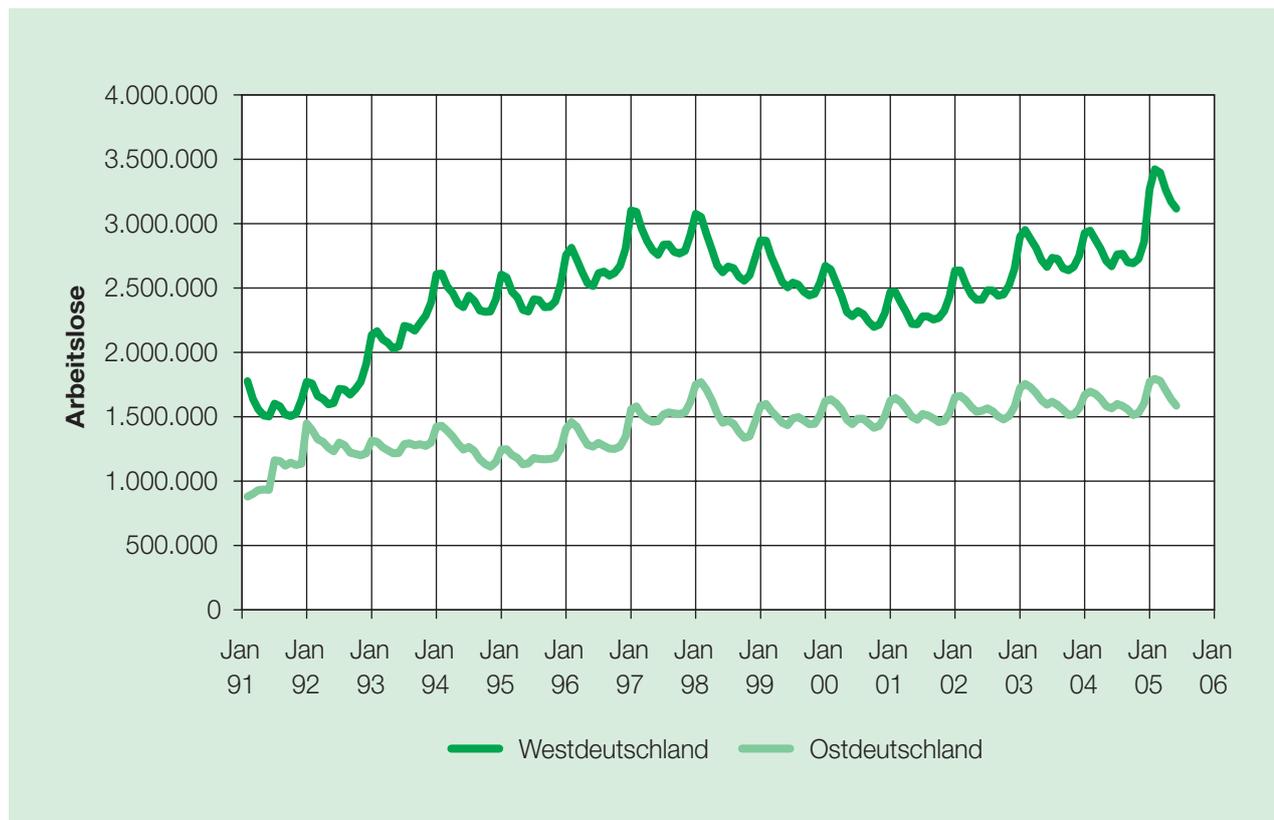
**Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen**

	Ostdeutschland		Sachsen	
	2005	2006	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,1	0,8	1,7
Bruttowertschöpfung alle Wirtschaftsbereiche	1,1	1,5	1,1	2,1
Bruttowertschöpfung verarbeitendes Gewerbe	6,8	6,1	6,0	8,5
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	-8,3	-10,4	-13,7	-10,4
Bruttowertschöpfung Handel und Gastgewerbe	0,0	1,0	0,0	0,9
Bruttowertschöpfung sonstige Wirtschaftsbereiche	0,7	1,3	1,4	1,4
Erwerbstätige	-0,6	-0,3	-1,0	-0,2

Anmerkung: Dargestellt sind die Veränderungen zum Vorjahr in Prozent. Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Jahres 1995. Die Prognosen des verarbeitenden Gewerbes beziehen sich auf die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Die Konjunkturprognose Ostdeutschland bezieht sich auf die ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin.

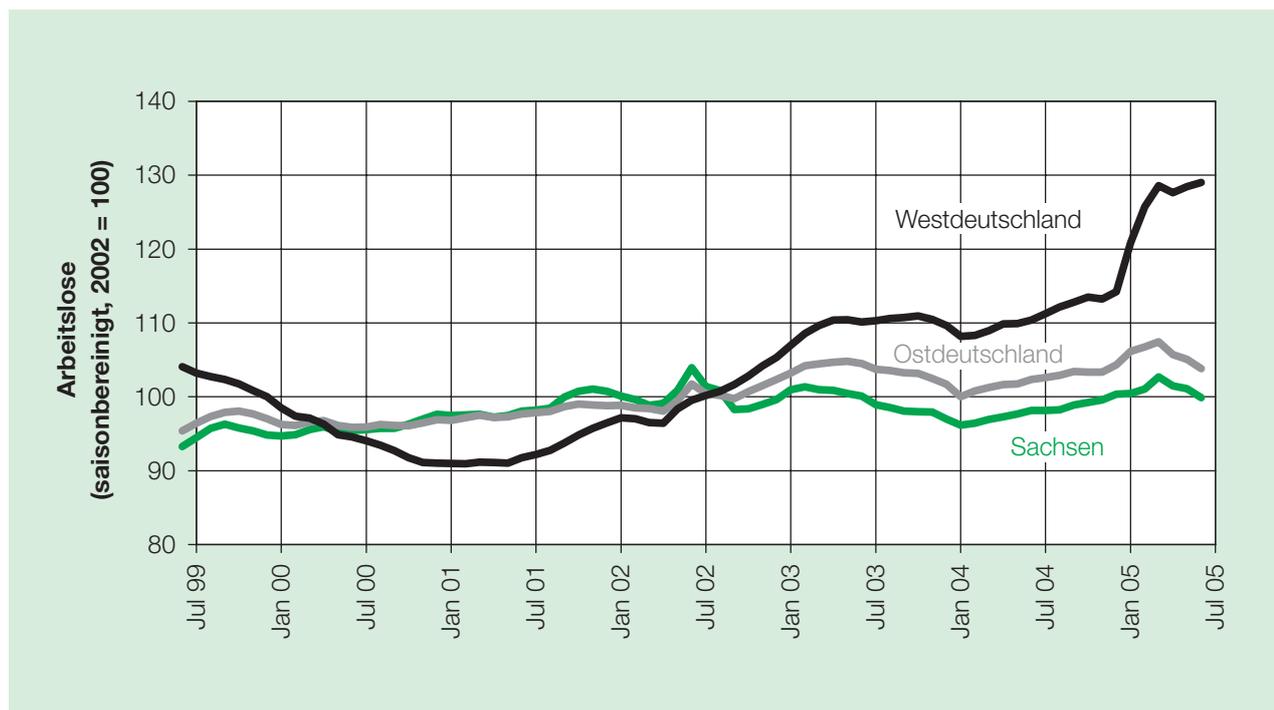
Quelle: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 5: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (saisonbereinigt, Indexwerte: Jahresdurchschnitt 2002=100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

In Sachsen hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls deutlich erhöht. Im ersten Quartal dieses Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen im Schnitt um 5 % über der des Vorjahresquartals. Mit der Frühjahrsbelegung, welche allerdings in diesem Jahr aufgrund der ungünstigen Witterung etwas verspätet einsetzte, ging auch ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen einher. Im Juni 2005 lag die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen um 1,8 % oder 6.800 Personen über dem Vorjahreswert.

In Abbildung 5 wurden die Zeitreihen der Arbeitslosenzahlen um saisonale Einflüsse bereinigt und zusätzlich auf den Mittelwert des Jahres 2002 indexiert, um die Zeitreihen für Sachsen, Ost- und Westdeutschland miteinander vergleichbar zu machen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist in Westdeutschland in den letzten Monaten auf fast 130 % des Durchschnitts im Jahr 2002 gestiegen. In Sachsen und Ostdeutschland fiel der vorrangig durch „Hartz IV“ bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich geringer aus. Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo der Trend am aktuellen Rand nach oben zeigt, ist die saisonbereinigte Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland bereits seit drei Monaten wieder rückläufig.

## Literatur

NIERHAUS, W. (2004): Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Besonderheiten der Quartalsrechnung, ifo Schnelldienst 15/2004, S. 14–21.

NIERHAUS, W. (2005): Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Konsequenzen für die Konjunkturanalyse, ifo Schnelldienst 5/2005, S. 19–27.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005a): Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen, März 2005.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005b): Statistische Berichte, Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, März 2005.

<sup>1</sup> *Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 zum Vorjahr. Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (Berechnungsstand: Februar 2005).*

<sup>2</sup> *Verarbeitendes Gewerbe einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.*

<sup>3</sup> *Gesamtumsatz der Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen in jeweiligen Preisen, STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005a).*

<sup>4</sup> *Gesamtumsatz der Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen in jeweiligen Preisen, STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005b).*

<sup>5</sup> *Die aktuellen Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest sind auf den Seiten 32–35 zu finden.*

<sup>6</sup> *Auftragseingang der Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen in jeweiligen Preisen, STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005b).*

<sup>7</sup> *Im Jahr 2004 hatte das Baugewerbe der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin) einen Anteil von 6,0 % an der realen Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. In den westdeutschen Bundesländern lag dieser Anteil bei 4,1 % und in Sachsen bei 7,3 %.*

<sup>8</sup> *Die ifo Prognose für Gesamtdeutschland wird im Beitrag von NIERHAUS in diesem Heft auf den Seiten 18–25 ausführlich dargestellt.*

# Internationaler Handel und der Arbeitsmarkt Sachsens: Sind niedrig qualifizierte Beschäftigte die Verlierer im Globalisierungsprozess?

Sabine Engelmann\*

Deutschlands Wirtschaft ist durch ein sehr hohes Exportvolumen und niedriges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Steigende Arbeitslosenquoten und die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze in Niedriglohnländer sind seit langem beobachtbar. Diese Entwicklungen sind keinesfalls unabhängig voneinander. Unter dem Schlagwort „Basarökonomie“ werden diese Phänomene zusammengefasst. Im Detail wird darunter die Verringerung der Fertigungstiefe der deutschen Industrie zugunsten des Auslandes verstanden. Arbeitsintensive Teile der Wertschöpfungsketten werden in ausländische Niederlassungen verlagert (Offshoring) oder bei ausländischen Zulieferern gekauft (Outsourcing) [SINN, 2005]. Können die Löhne darauf nicht flexibel genug reagieren, folgt steigende Arbeitslosigkeit in den Niedriglohnsektoren im Inland. Es stellt sich die Frage, ob dieses Phänomen auch für Sachsen zutrifft. Ist die Wirtschaft genauso betroffen wie in den alten Bundesländern? Die folgende

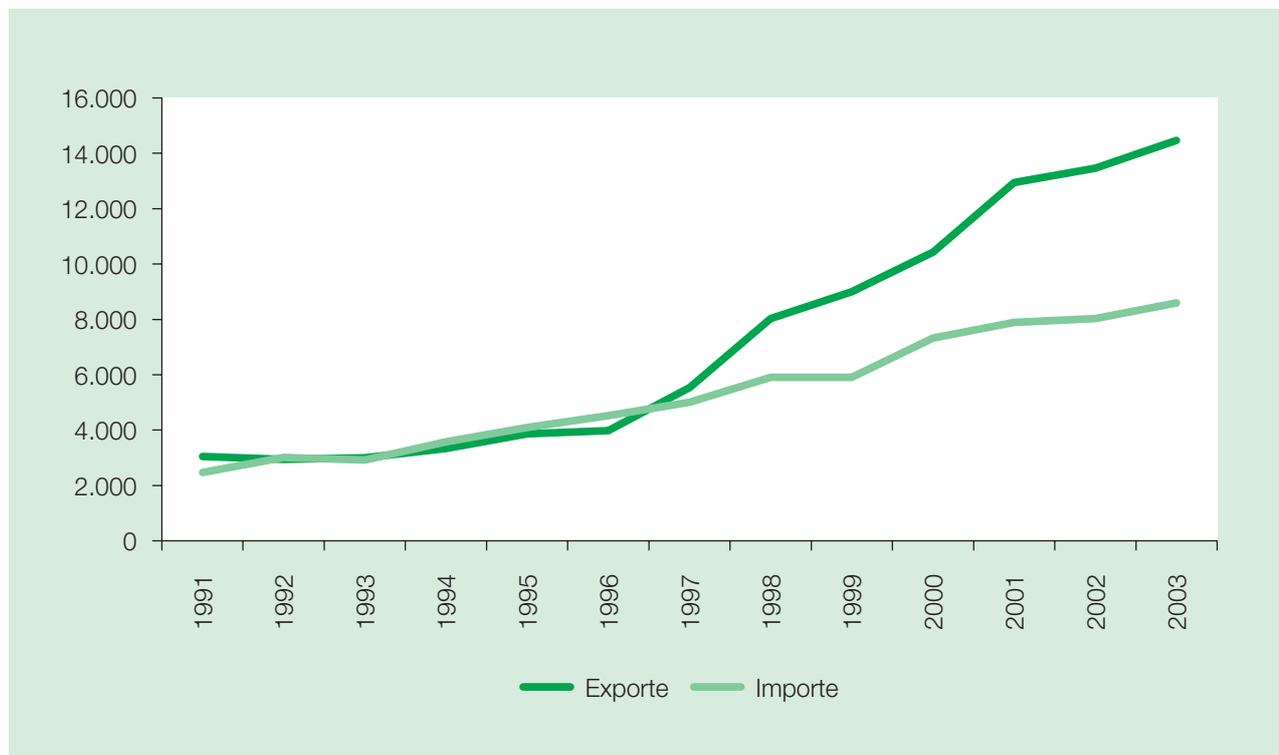
Studie untersucht dies für Sachsen und erklärt die beobachteten Tendenzen ökonomisch. Es soll dabei Antwort gegeben werden, inwieweit Sachsens Unternehmen die Kostenvorteile aus Produktionsverlagerungen ins Ausland nutzen und welche Folgen dies für den sächsischen Arbeitsmarkt hat.

## Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens

Sachsens Exporte stiegen in den Jahren 1991 bis 2003 um über 370 % und die Importe um über 240 % [SMWA, 2004]. Abbildung 1 stellt die Export- sowie Importentwicklung für diesen Zeitraum dar.

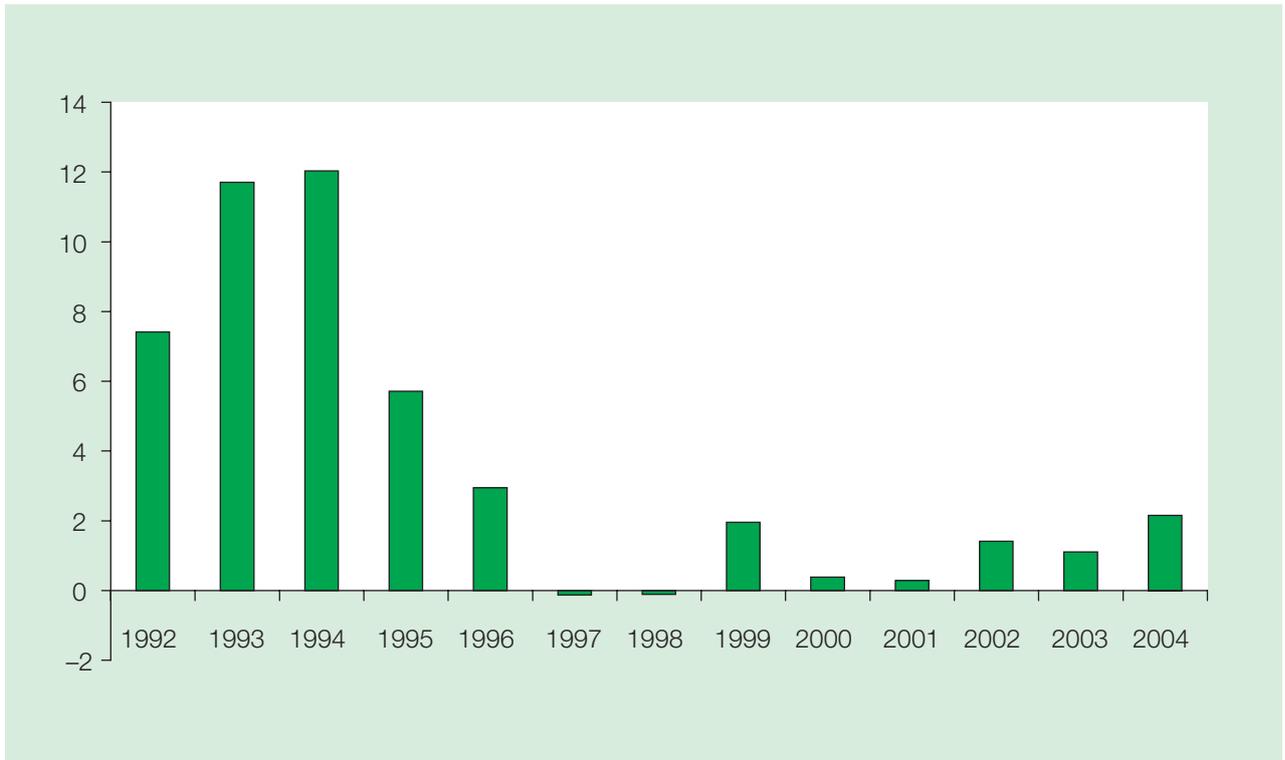
\* Sabine Engelmann ist Doktorandin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Export- und Importentwicklung in Sachsen 1991 bis 2003 in Mill. € (in Preisen von 2000)



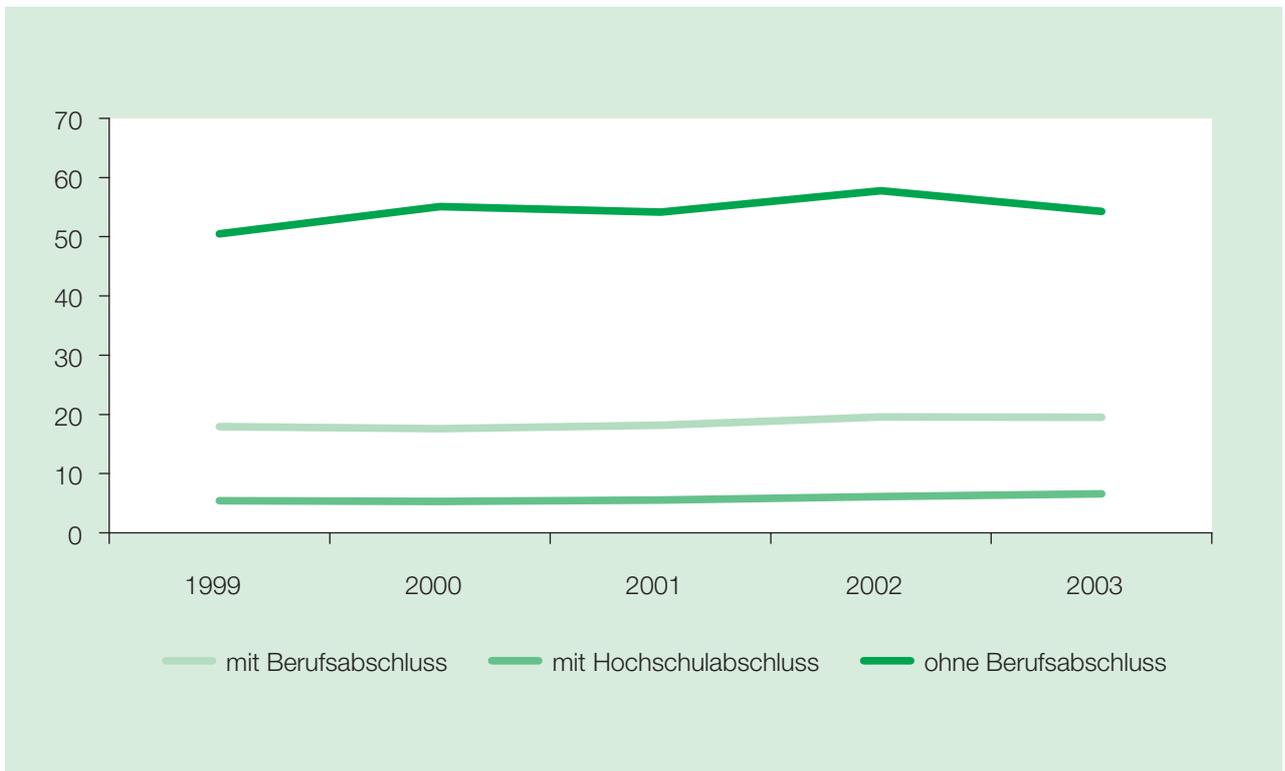
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

Abbildung 2: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Sachsen 1992 bis 2004 (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

Abbildung 3: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Sachsen (in %)



Quelle: Grundig und Lenecke (2004).

Dagegen wuchs das Bruttoinlandsprodukt während dieses Zeitraums nur um knapp 57 %. Abbildung 2 verdeutlicht die jährlichen Änderungsraten des Bruttoinlandsprodukts von 1992 bis 2004 in Sachsen.

Ein Blick auf die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in Sachsen zeigt, dass die Arbeitslosenquote der niedrig qualifizierten Erwerbsfähigen über den Zeitverlauf um ein Vielfaches höher ist als die der hoch qualifizierten Erwerbsfähigen. Dies verdeutlicht Abbildung 3.

Für Sachsen sind also ähnlich wie für Gesamtdeutschland ein sehr hohes Exportvolumen, niedriges Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosenquoten der niedrig qualifizierten Erwerbsfähigen beobachtbar. Diese Entwicklungen sind unter anderem eine Konsequenz der Globalisierung bei bestehenden rigiden Löhnen in Deutschland. Anhand empirischer Analysen sollen diese Zusammenhänge im Folgenden beleuchtet werden. Es wird sich zeigen, dass sächsische Unternehmen ihre grenzüberschreitenden Geschäfte ausgebaut haben. Abschließend wird die Bedeutung dieser Entwicklung für den sächsischen Arbeitsmarkt aufgezeigt.

### Die Geschäftsbeziehungen Sachsens mit dem Ausland

Historisch und lagebedingt bestehen wirtschaftliche Kontakte sächsischer Firmen vor allem zur Tschechischen Republik, Polen, der Slowakei und Ungarn.

Ausgetauscht werden überwiegend Produkte der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik [IHK DRESDEN, 2005]. Um ein Bild davon zu bekommen, inwieweit Sachsen als „Basarökonomie“ verstanden werden kann, muss die Entwicklung der Fertigungstiefe der sächsischen Industrie näher betrachtet werden. Unter der Fertigungstiefe einer Industrie wird der Anteil der Bruttowertschöpfung am Wert der eigenen Produktion verstanden. Eine Verringerung der Fertigungstiefe bedeutet eine Produktionsverlagerung von Teilen der Wertschöpfungsketten in andere Regionen oder der Kauf dieser Teile von Zulieferern aus anderen Regionen.

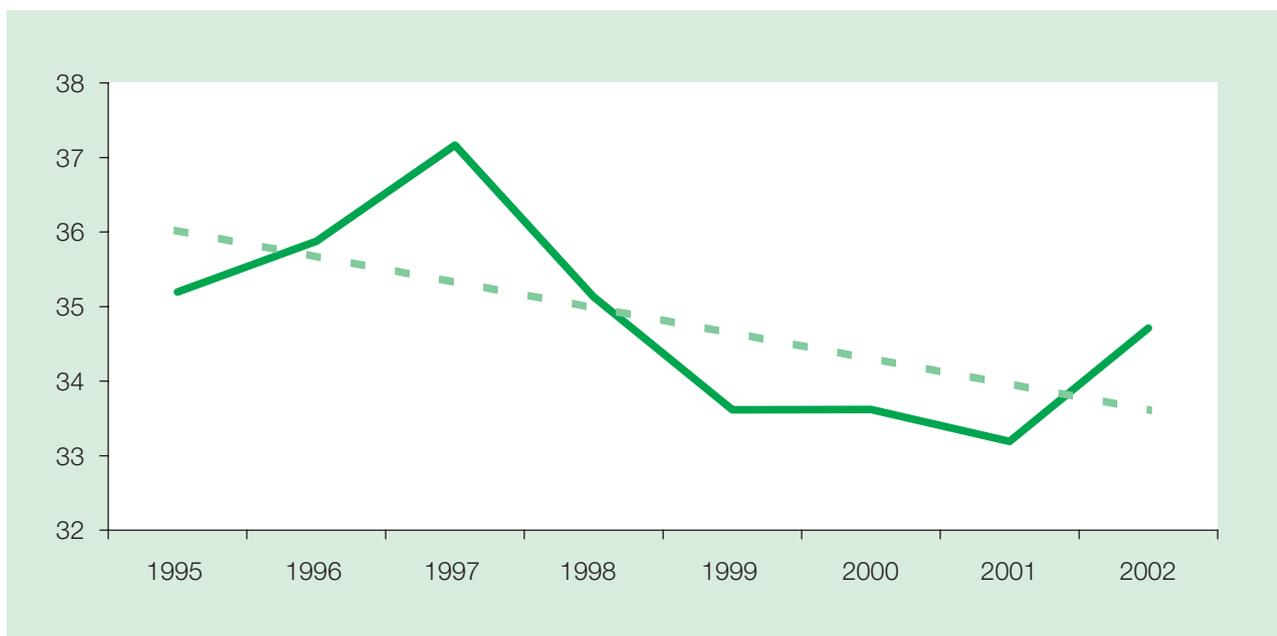
Abbildung 4 zeigt, dass sich die Fertigungstiefe im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) in Sachsen tatsächlich verringert hat. Die gestrichelte Linie zeigt den negativen Trend dieser Entwicklung auf.

Es ist zu erkennen, dass der eigene Wertschöpfungsanteil an der Produktion zwischenzeitlich von über 37 % auf 33 % gesunken ist.

Es mag die Vermutung aufkommen, dass es sich bei dieser Entwicklung um Verlagerungen von Vorleistungen in den Dienstleistungssektor handeln könnte. Das dies nicht so ist, zeigt Abbildung 5.

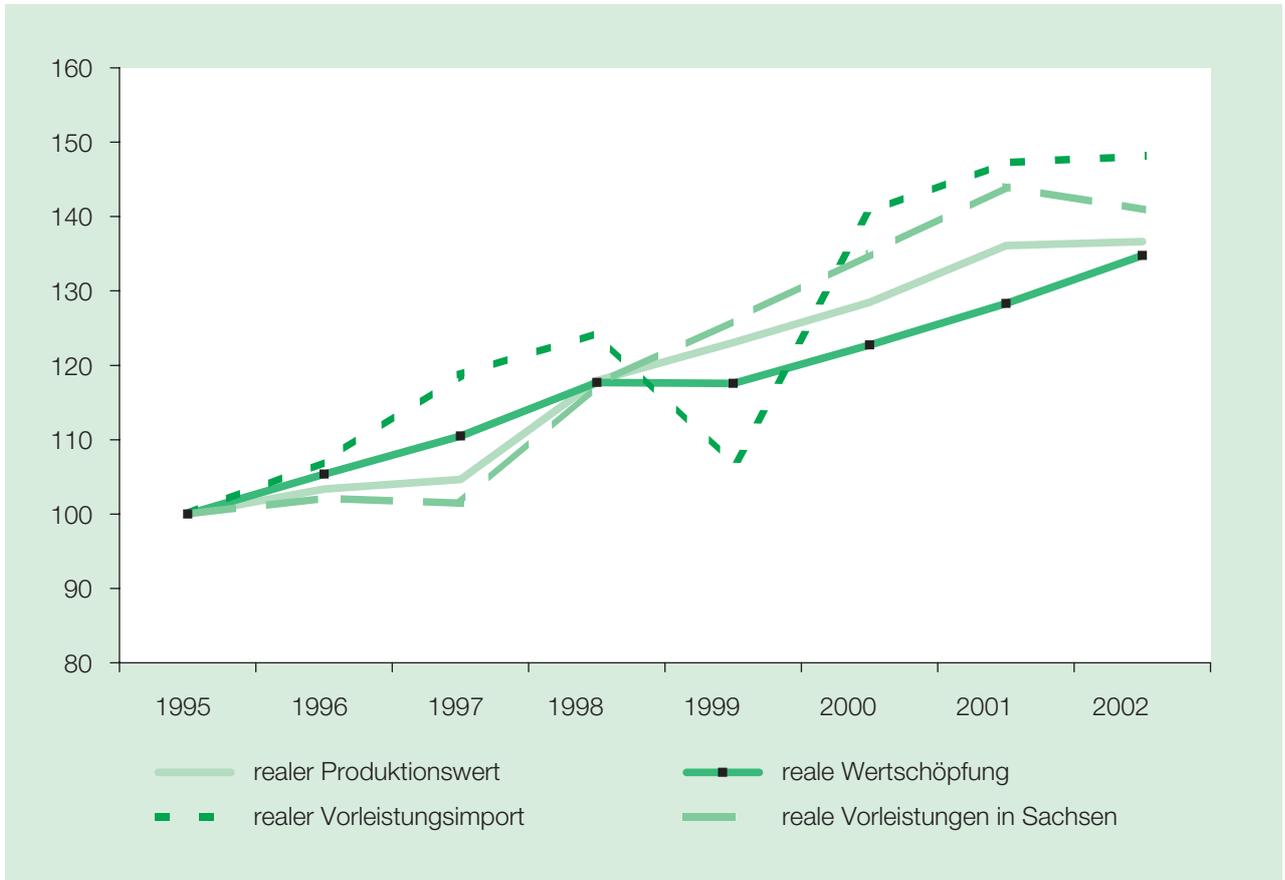
Die Abbildung bezieht sich auf die Periode von 1995 bis 2002. Sie zeigt, dass der reale Produktionswert in dieser Zeit um 37 % wuchs, während die reale Wertschöpfung um 33 % anstieg. Vier Prozentpunkte des

**Abbildung 4: Anteil der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) am Wert seiner eigenen Produktion (Fertigungstiefe) in Sachsen (in %)**



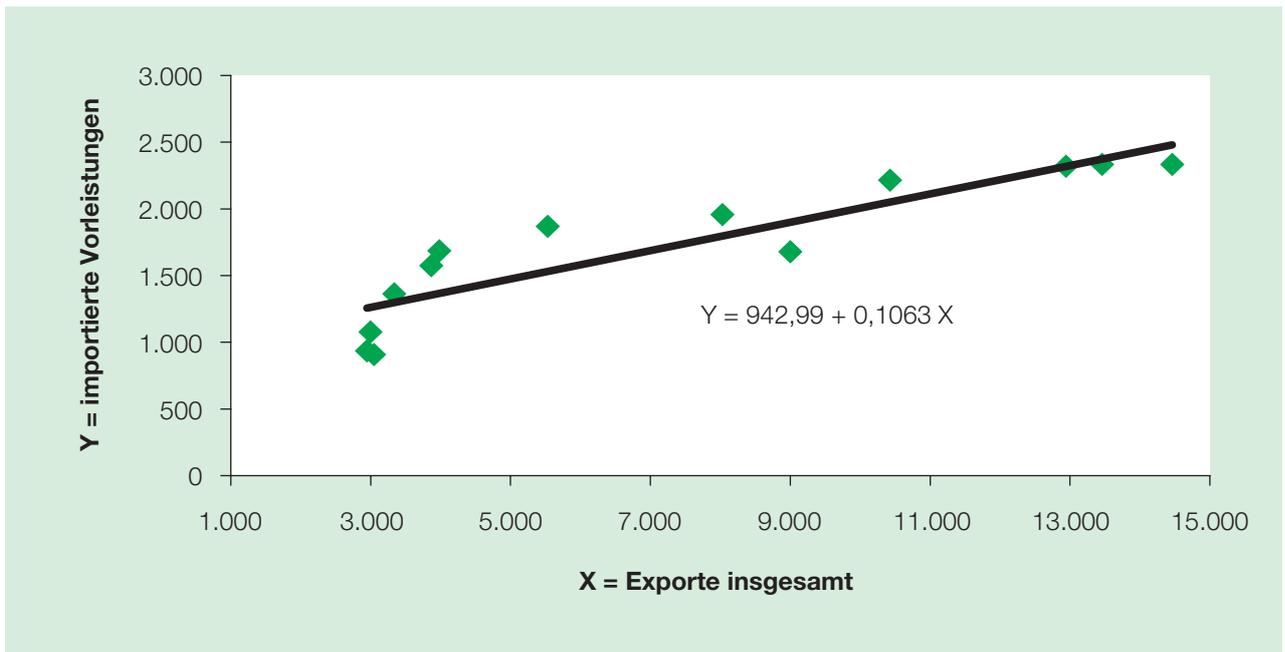
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 5: Produktionswert, Bruttowertschöpfung und Vorleistungen des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Sachsen (1995 = 100)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 6: Exporte und importierte Vorleistungen für Sachsen 1991 bis 2004 in Mill. € (in Preisen von 2000)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Produktionswachstums können also nicht über eine Zunahme der Wertschöpfung erklärt werden. Diese Differenz ist zwar recht gering, doch weist sie auf Standortverlagerungen sächsischer Unternehmen bzw. den Kauf von Vorleistungen außerhalb Sachsens hin. Diese Entwicklung zeigt die Kurve der Vorleistungsimporte auf. Um 49 % haben die Importe an Vorleistungen aus dem Ausland zugenommen. Dagegen nahmen die Vorleistungen aus anderen sächsischen Sektoren um nur 40 % zu. Damit kann nicht vermutet werden, dass es sich insgesamt um Verlagerungen von Vorleistungen in den Dienstleistungssektor handelt.

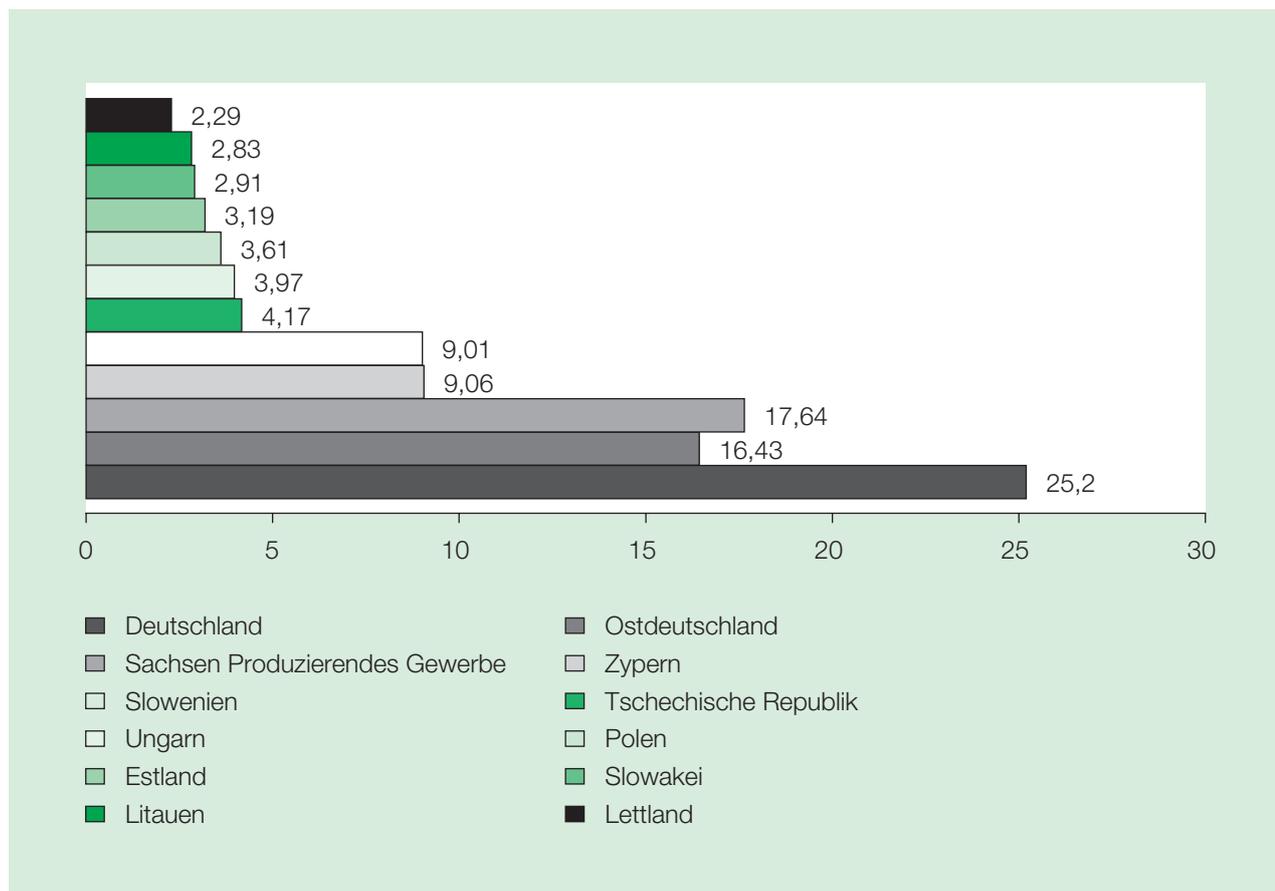
Dass Sachsens Industrie in zunehmendem Maße Vorleistungen aus dem Ausland bezieht und diese nach der Weiterverarbeitung wieder exportiert werden, zeigt die Abbildung 6. Zwar ist der Effekt für Sachsen noch als gering zu bewerten, aber eine solche Entwicklung ist erkennbar. In dieser Abbildung werden die gesamten Exporte für Sachsen und die importierten Vorleistungen abgebildet. Jeder Datenpunkt in der Grafik bezieht sich auf ein bestimmtes Jahr.

Die Steigung der Regressionsgeraden in Abbildung 6 beträgt rund 0,11. Das bedeutet, dass ein Exportanstieg um 1 € eine Zunahme der exportinduzierten Vorleistungsimporte um 11 Cent und eine Zunahme der inländischen Wertschöpfung um 89 Cent impliziert. 11 % des zusätzlichen Exports gingen in zusätzliche Vorleistungsimporte. Im Vergleich gehen mehr als die Hälfte des zusätzlichen Exports in zusätzliche Vorleistungsimporte in Deutschland. Für Sachsen ist daher der beschriebene Effekt in Relation zu Deutschland gering.

### Der Grund dieser Entwicklungen

In Deutschland hat der Trend der Standortverlagerungen von Produktionsstätten bzw. der Kauf von Vorleistungen bei ausländischen Anbietern in den letzten Jahren stetig zugenommen. Verstärkt nutzen kleinere Firmen die osteuropäischen Länder, um über die dortigen niedrigeren Arbeitskosten international wettbewerbsfähig zu produzieren [EEAG, 2005]. Interessant ist diese Option auch

**Abbildung 7: Arbeitskosten je Stunde in Euro (2002)**



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln: *Deutschland in Zahlen 2004*, Tabelle 12.13; Sachsen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, *Daten für das Jahr 2000*.

für Sachsen mit seinen starken wirtschaftlichen Kontakten zur Tschechischen Republik, Polen, der Slowakei und Ungarn.

Abbildung 7 gibt einen Überblick der Arbeitskosten je Stunde der mittel- und osteuropäischen Länder (MOE-Länder) sowie zum Vergleich die Arbeitskosten je Stunde Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens. Die Arbeitskosten je Stunde schwanken zwischen 2,29 € in Lettland und 9,06 € in Zypern. Im Vergleich liegen die Kosten pro Arbeitsstunde in Deutschland bei 25,20 € und in Sachsen im Produzierenden Gewerbe bei 17,64 €. Diese Situation lässt erkennen, welcher Druck auf den Arbeitsmarkt in Deutschland und auch in Sachsen ausgeübt wird.

### Die Folgen dieser Entwicklungen für den Arbeitsmarkt Sachsens

Welche Implikationen ergeben sich aus diesen Trends für den sächsischen Arbeitsmarkt? Globalisierung kann bei Rigiditäten im Arbeitsmarkt in einem kapitalreichen Land (wie für Sachsen angenommen werden kann) zu Arbeitslosigkeit trotz eines gleichzeitigen Exportbooms führen.

Als Modell betrachtet man zwei Länder, welche über das gleiche technologische Wissen verfügen, wobei aber das eine Land kapitalreich (Sachsen) und das andere Land kapitalarm (MOE-Land) ist. Man kann nun die Autarkiesituation (sinnbildlich: vor Grenzöffnung durch die EU-Osterweiterung) mit der Situation nach Handels erleichterungen (nach Grenzöffnung durch die EU-Osterweiterung) vergleichen. Vor der Handelsöffnung war der Arbeitslohn im kapitalreichen Land höher als im kapitalarmen Land, die Entlohnung des Kapitals im kapitalarmen Land höher als im kapitalreichen Land [KRUGMAN und OBSTFELD, 1997].

Bei flexiblen Arbeitslöhnen erhöht die Eröffnung des internationalen Handels im kapitalreichen Land den relativen Preis des kapitalintensiven Gutes, erhöht dessen Produktion und senkt die Produktion des arbeitsintensiven Gutes. Im kapitalreichen Hochlohnland wandern Kapital und Arbeit vom arbeitsintensiven in den kapitalintensiven Sektor. Das Verhältnis von Arbeitslohn und Kapitalentlohnung fällt.

Im kapitalarmen Land ist es umgekehrt. Kapital und Arbeit wandern von den kapitalintensiven in die arbeitsintensiven Sektoren. Im Handelsgleichgewicht sind das Güterpreisverhältnis in beiden Ländern und damit auch die realen Faktorpreise gleich. Beide Länder erzielen durch die Öffnung der Grenzen Handelsgewinne [GANDOLFO, 1994].

Wenn dagegen der Arbeitslohn im kapitalreichen Hochlohnland starr ist, kann die für beide Seiten vorteilhafte Anpassung nicht stattfinden. Es entsteht Arbeits-

losigkeit. Da der Arbeitslohn im kapitalreichen Land fixiert ist, muss in diesem Land soviel Arbeit in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, bis das durchschnittliche Faktoreinsatzverhältnis nun zum hohen Arbeitslohn des kapitalreichen Landes adäquat ist [BRECHER, 1974]. Das kapitalarme Land spezialisiert sich noch stärker auf die Produktion des arbeitsintensiven Gutes und das kapitalreiche Land noch mehr auf das kapitalintensive Gut. Es ergibt sich schließlich ein Exportboom. Der Exportboom des kapitalreichen Landes und seine Arbeitslosigkeit sind gemeinsame Kennzeichen des Wohlfahrtsverlustes, den dieses Land bei Eröffnung des internationalen Handels erfährt, wenn es seinen hohen Arbeitslohn beibehält.

Folgendes Szenario kann für Sachsen weiterhin überlegt werden: In Sachsen ist der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter höher als in MOE-Ländern. Diese zeichnen sich durch einen höheren Anteil niedrig qualifizierte Beschäftigter aus. Nach obigem Modell bedeutet Handel zwischen MOE-Ländern und Sachsen bei Rigiditäten im Arbeitsmarkt ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den sächsischen niedrig qualifizierten Beschäftigten.

Arbeitsmarktflexibilität ist also der entscheidende Faktor bei der Verhinderung von Arbeitslosigkeit (speziell in Niedriglohnssektoren industrialisierter Länder). Arbeitsmarktflexibilität wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Ein starker Einfluss von Gewerkschaften oder eine starke Regulierung des Arbeitsmarktes wie die Einführung von Mindestlöhnen sind Gründe einer Unflexibilität [CAHUC und ZYLBERBERG, 2004]. Im Vergleich zu angelsächsischen Ländern haben Gewerkschaften in Deutschland einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Lohnsetzungen. Mindestlöhne spielen in anderen Ländern kaum eine Rolle. Sie sind so niedrig gewählt, dass sie für einen großen Teil der Beschäftigten nicht bindend sind. Auch zeigt sich nach einer Studie der OECD (1999), dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine starke Arbeitsmarktregulierung aufweist. Speziell für Sachsen kann festgestellt werden, dass durch die Aufhebung des Flächentarifvertrages in Ostdeutschland der Arbeitsmarkt flexibler reagieren kann als es in den alten Bundesländern der Fall ist. Allgemein gilt, dass Länder mit hoher Flexibilität auf den Faktormärkten am stärksten aus internationalem Handel profitieren.

### Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sächsische Unternehmen in zunehmendem Maße ihre Produkte über den internationalen Markt absetzen. Sächsische Unternehmen können von den Standortvorteilen der

niedrigeren Löhne in mittel- und osteuropäischen Ländern durch Produktionsverlagerungen bzw. den Bezug von Vorleistungen aus diesen Ländern profitieren. Ob sich aus diesen vorteilhaften Verlagerungen auch gesamtgesellschaftliche Gewinne ergeben, hängt entscheidend von der Flexibilität des Arbeitsmarktes ab.

Die zunehmenden Geschäftsbeziehungen Sachsens mit dem Ausland sind grundsätzlich als positive Entwicklung zu bewerten, da Handelsgewinne erzielt werden können. Doch bedeuten Handelsbeziehungen mit Ländern niedrigeren Lohnniveaus für den Arbeitsmarkt Sachsens Beschäftigungsrückgänge, solange der Arbeitsmarkt zu sehr reguliert bleibt.

### Literatur

- CAHUC, P. und A. ZYLBERBERG (2004): *Labor Economics*, The MIT Press, Cambridge.
- BRECHER, R. A. (1974): *Minimum Wage Rates and the Pure Theory of International Trade*, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 88, 98–116.
- EEAG (Hrsg.) (2005): *Report on the European Economy*, Cesifo 2005.
- GANDOLFO, G. (1994): *International Economics I – The Pure Theory of International Trade*, Springer Verlag, Heidelberg.
- GRUNDIG, B., und P. LENECKE (2004): *Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch am besten aufgestellt*, ifo Dresden berichtet, S. 36–40.
- IHK DRESDEN (Hrsg.) (2005): *Ein Jahr EU-Osterweiterung: Sachsen zieht erste Bilanz*, IHK Dresden.
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (Hrsg.) (2004): *Deutschland in Zahlen 2004*, Köln.
- OECD (Hrsg.) (1999): *Employment Outlook 1999*, Paris.
- KRUGMAN, P. R. und M. OBSTFELD (1997): *International Economics – Theory and Policy*, Addison-Wesley.
- SINN, H. W. (2005): *Basarökonomie Deutschland – Exportweltmeister oder Schlusslicht? ifo Schnelldienst Sonderausgabe*, Heft 6, München.
- SMWA (Hrsg.) (2004): *Wirtschaft und Arbeit in Sachsen 2004 – Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt – Zahlen und Fakten*, Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (Hrsg.) (2004): *Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder*, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2000): *Statistische Berichte – Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Freistaat Sachsen*, Kamenz.

# Deutschlandprognose 2005/2006: Nur langsam aufwärts<sup>1</sup>

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\**

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft hat im laufenden Jahr merklich an Dynamik eingebüßt, nachdem sie im vergangenen Jahr mit 5 % außerordentlich stark gewachsen war. Maßgeblich für die Abkühlung war einmal der massive Realeinkommensverlust der ölimportierenden Länder durch den Höhenflug der Ölpreise. Die Kaufkraftumverteilung zugunsten der Ölförderländer dämpfte in den Industriestaaten die konjunkturelle Expansion, obgleich sich der Rückfluss der Petro-Dollars im Vergleich zu früheren Phasen starker Ölpreisschübe beschleunigt hat, was der Abschwächung der Binnenkonjunktur in den Ölverbraucherländern entgegenwirkt. Hinzu kam, dass die Geldpolitik weltweit nicht mehr so expansiv ausgerichtet ist.

In den USA hat sich der Konjunkturaufschwung fortgesetzt, obwohl die Finanzpolitik weniger expansiv ausgerichtet ist und die monetären Zügel inzwischen etwas gestrafft wurden. So hat die Fed den Leitzins seit Juni 2004 schrittweise um 200 Basispunkte auf 3,0 % angehoben; bei negativem Realzins wirkt die Geldpolitik

per Saldo aber immer noch anregend. In Japan ist die konjunkturelle Schwächephase, die im Frühjahr 2004 begonnen hatte, überwunden. Getragen wurde die Expansion zuletzt allein von den Aggregaten der inländischen Verwendung, der konjunkturelle Impuls des Außenbeitrags blieb negativ. In der Europäischen Währungsunion (EWU) hat die Konjunktur im ersten Quartal 2005 wieder etwas Fahrt aufgenommen. Die inländische Verwendung blieb alles in allem schwach, lediglich der private Konsum konnte temporär etwas zulegen. Der Export enttäuschte erneut, hier fordert die vergangene starke Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner nach wie vor ihren Tribut. Da die Importe zugleich stark rückläufig waren, ging vom Außenbeitrag gleichwohl ein positiver Beitrag auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Inflationsrate pendelte im bisherigen Jahresverlauf ölpreisgetrieben um die 2-Prozent-Marke; die Kerninflationsrate betrug zuletzt 1,4 %.

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

**Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gg. dem Vorjahr in %						in %		
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
EU 25	39,8	2,3	1,5	2,0	2,0	1,9	1,7	9,0	8,9	8,6
Schweiz	1,2	1,7	1,0	1,5	0,8	1,2	1,0	3,9	3,8	3,8
Norwegen	0,8	2,9	2,9	2,5	0,6	1,3	2,1	4,5	4,3	4,2
West- und Mitteleuropa	41,7	2,3	1,5	2,0	1,9	1,9	1,7	8,8	8,7	8,5
USA	39,7	4,4	3,5	3,1	2,7	3,0	2,8	5,5	5,2	4,9
Japan	15,4	2,7	1,5	2,1	0,0	0,0	0,2	4,6	4,6	4,4
Kanada	3,2	2,8	2,6	2,8	1,8	2,0	1,9	7,2	6,9	6,7
Industrieländer insgesamt <sup>1</sup>	100,0	3,2	2,3	2,5	1,9	2,0	1,9	7,1	6,9	6,6

<sup>1</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar.

Quellen: OECD; ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006 Prognose des ifo Instituts.

Im Prognosezeitraum wird die Weltwirtschaft zunächst noch weiter an Dynamik verlieren. Die wirtschaftspolitischen Anstöße werden schwächer, und die starke Verteuerung von Erdöl und Industrierohstoffen wirkt retardierend.<sup>2</sup> Die USA und China bleiben dabei die Motoren der Weltkonjunktur; im Euroraum ist dagegen das Wirtschaftswachstum weiter flau. Erst 2006 dürfte die Weltkonjunktur bei insgesamt immer noch expansiver Wirtschaftspolitik wieder leicht aufwärts tendieren, da dann die negativen Effekte des Anstiegs der Energie- und Rohstoffpreise abklingen.

Am kräftigsten wird die Wirtschaft nach wie vor in den ost-/südostasiatischen Schwellenländern wachsen sowie in Indien und in der Golfregion, gefolgt von Lateinamerika. In den westlichen Industrieländern (einschließlich der EU-Beitrittsländer) sinkt die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr auf 2 1/2 % (2004: 3,2 %), und dürfte im kommenden Jahr etwa eben so hoch sein (vgl. Tab. 1). Der Welthandel expandiert 2005 um 6 1/2 %, und 2006 bei spürbarer Erholung im Verlauf um 7 1/2 %. Dabei beruhigt sich der Preisauftrieb allmählich, vor allem weil der internationale Wettbewerb Preisüberwälzungen kaum zulässt, und der Lohnanstieg mäßig bleibt. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage wenig.

### Ausblick Deutschland

Nach relativ gutem Start zu Jahresbeginn ist die Konjunktur in Deutschland im Frühjahr 2005 wieder ins Stocken geraten; die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im zweiten Quartal saisonbereinigt sogar leicht gesunken sein. Für diese Einschätzung spricht die ungünstige Entwicklung wichtiger Frühindikatoren: So ist der Auftragseingang in der Industrie im April im Vergleich zum März saisonbereinigt um 2,6 % gesunken. Besonders kräftig war der Einbruch der Bestelltätigkeit aus dem Ausland (-4,6 %); parallel dazu ist die deutsche Ausfuhr im April saisonbereinigt zurückgegangen. Aber auch die Auftragseingänge aus dem Inland haben um 0,5 % abgenommen. Was die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests anbetrifft, so hat sich das Klima in der Industrie im Mai zum fünften Mal in Folge eingetrübt. Erneut bewerteten die befragten Unternehmen ihre Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate skeptischer als im Vormonat; die Urteile zur aktuellen Lage besserten sich dagegen leicht. Mit Produktionseinschränkungen wurde im Mai häufiger als in den Vormonaten gerechnet; der Optimismus für das Exportgeschäft ließ nach.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2005 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum – nicht zuletzt aufgrund der ölpreisbe-

dingten Terms-of-Trade-Verluste – nur um 0,8 % gestiegen sein. Zwar hat in Euro gerechnet der Ölpreis nicht so stark angezogen wie auf US-Dollarbasis, der Kaufkraftentzug war gleichwohl beträchtlich. Auch im Jahresdurchschnitt 2005 ist das Wirtschaftswachstum auf 0,8 % zu veranschlagen, nach 1,6 % im Jahr 2004 (vgl. Abb. 1). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es in diesem Jahr weniger Arbeitstage als 2004 gibt. Die Tempohalbierung ist deshalb den Ursprungswerten nach überzeichnet.<sup>3</sup> Die konjunkturelle Grundtendenz sollte von daher besser an der Entwicklung der kalenderbereinigten Produktion gemessen werden. Diese nimmt in beiden Jahren mit etwa gleicher Rate zu, nämlich um rund 1 %.

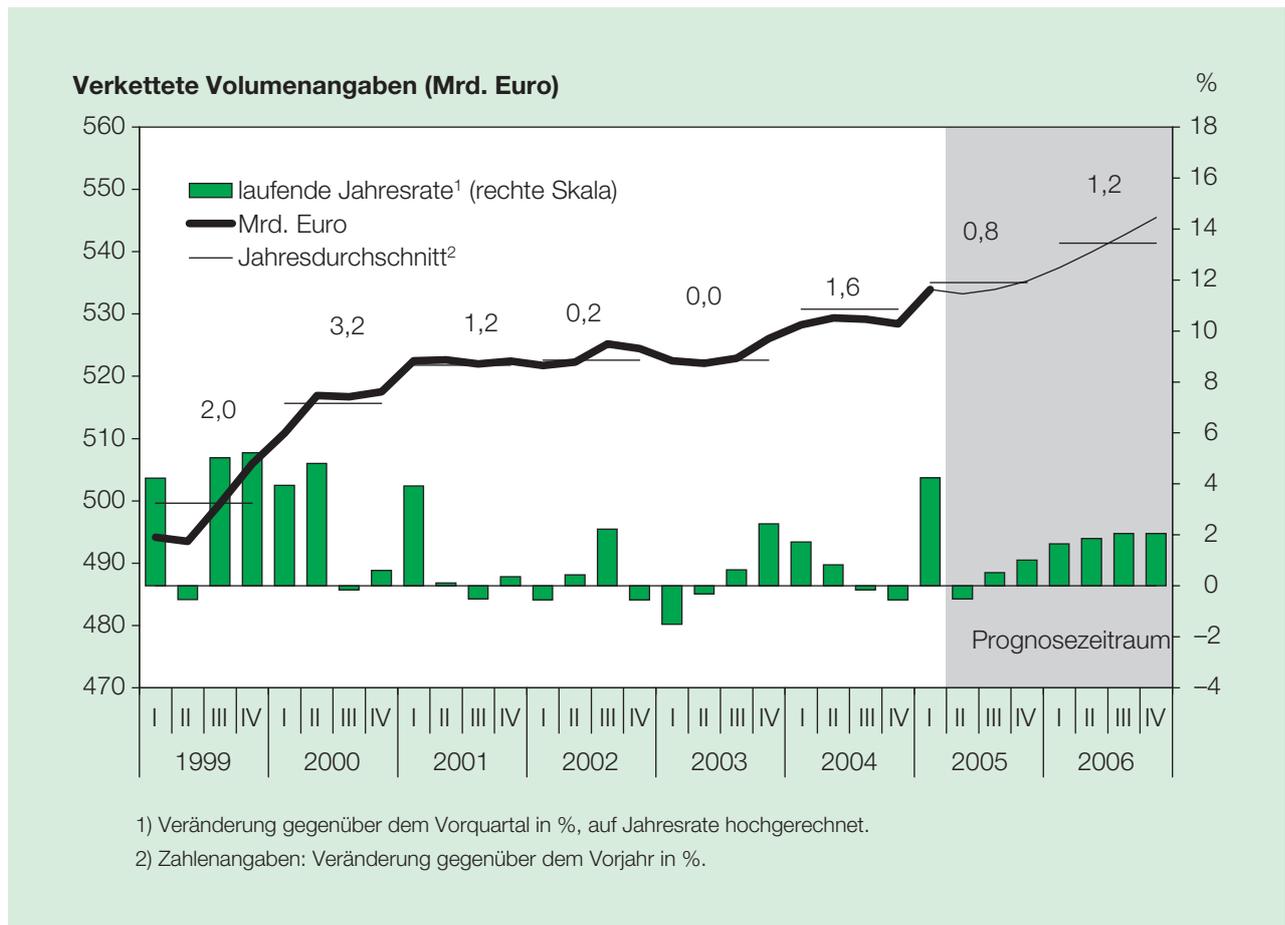
Im nächsten Jahr dürfte sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion – parallel zur Besserung der Weltkonjunktur – wieder leicht beschleunigen; die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte sich dann auf 1,2 % belaufen (kalenderbereinigt: +1,4 %). Damit wird – im Gegensatz zum laufenden Jahr – die gesamtwirtschaftliche Auslastung der Produktionskapazitäten wieder zunehmen. Aufgrund der langsameren Gangart der Konjunktur in vielen Abnehmerstaaten werden sich die Exporte im Prognosezeitraum zunächst verhalten entwickeln, im späteren Verlauf aber aufgrund des sich aufhellenden internationalen Umfelds wieder kräftiger steigen. Die Ausfuhr ist damit weiterhin das Zugpferd der deutschen Konjunktur. Demgegenüber wird sich die äußerst schwache Binnenkonjunktur erst im nächsten Jahr etwas beleben. Die Inflationsrate dürfte trotz des jüngsten Ölpreisschubs im Durchschnitt des Prognosezeitraums unter der 2-Prozent-Marke liegen (vgl. Tab. 2). Der Arbeitsmarkt bleibt bei alledem das große Sorgenkind.

Alles in allem zeigt sich, dass die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte in Deutschland immer noch fast vollständig fehlen. Nach wie vor kommt die gesamtwirtschaftliche Produktion sofort aus dem Tritt, sobald vom Ausland geringere Impulse ausgehen. Für die deutsche Wirtschaft ist eine fundamentale Wachstumsschwäche zu diagnostizieren; das Produktionspotential steigt derzeit nur um 1 %, das ist halb so hoch wie im restlichen Euroraum.<sup>4</sup>

### Die Prognose im Detail: Robustes Exportwachstum

Der Start ins neue Jahr wurde durch ein robustes Wachstum der deutschen Ausfuhr geprägt. Die deutschen Exporteure profitierten im ersten Quartal von einer regen Nachfrage aus Asien und den erdölexportierenden Ländern. Die Ausfuhr nahm saisonbereinigt um 2,9 % gegenüber dem Vorquartal zu. Die Indikatoren wie die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der Industrie und die

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saisonbereinigter Verlauf)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2005: Prognose.

Exportorerwartungen aus dem ifo Konjunkturtest deuten allerdings auf eine Abschwächung des Exportgeschäfts im zweiten Quartal 2005 hin. Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt jedoch im laufenden Jahr überwiegend freundlich und verbessert sich darüber hinaus leicht in 2006. Im Prognosezeitraum gehen zudem von der vergangenen Aufwertung des Euro keine dämpfenden Effekte auf die Nachfrage nach deutschen Produkten mehr aus. Daher wird ab der zweiten Jahreshälfte wieder mit einer spürbaren Belebung der Exporte gerechnet. Insgesamt dürfte die Ausfuhr im Jahr 2005 im Durchschnitt um 4,6 % und im Jahr 2006 um 6,5 % steigen.

Die deutsche Einfuhr ist im Gegensatz zur Ausfuhr im ersten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 1,4 % gesunken. Dieser starke Rückgang ist sicherlich zum Teil mit der schwachen Entwicklung der inländischen Verwendung zu erklären, jedoch nicht zur Gänze. Für das zweite Quartal wird mit einem deutlichen Anziehen der Importe gerechnet, die das schwache erste Quartal teilweise kompensieren. Entsprechend der moderat wachsenden inländischen Verwendung wird die

Einfuhr im zweiten Halbjahr mäßig expandieren. Eine deutliche Belebung der Einfuhrfähigkeit wird im Verlauf des nächsten Jahres einsetzen. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2005 im Durchschnitt um 4,4 % zunehmen und im Jahr 2006 um 6,0 % steigen. Der Außenhandel wird damit im Prognosezeitraum einen, wenngleich abgeschwächten, Beitrag zum Wachstum des realen BIP leisten.

Der Anstieg der Einfuhrpreise, der im Verlauf des Jahres 2004 einsetzte, hat sich auch im ersten Quartal fortgesetzt. Wie zuvor sind die Preissteigerungen hauptsächlich auf die Verteuerung von Energie zurückzuführen. Bei anhaltend hohen Ölpreisen und zunächst noch weiter anziehenden Notierungen für sonstige Rohstoffe werden die Importpreise auch im Jahr 2005 weiter steigen, zumal die bisher dämpfenden Effekte der vorangegangenen Aufwertung des Euro auslaufen. Mit nachlassendem Preisdruck auf den Rohstoffmärkten wird sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 2006 spürbar abschwächen. Die Importpreise werden im Jahr 2005 um 2,1 %, im Jahr 2006 um 1,0 % steigen. Die Exporte

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a</sup>				
Private Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	-0,4	-0,7	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-1,7	-0,5	-0,1	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,2	2,3	3,1	3,3
Bauten	-3,3	-2,6	-2,8	-1,8
Sonstige Anlagen	3,6	1,0	2,9	3,9
Inländische Verwendung	0,7	0,5	0,5	0,7
Exporte	1,8	9,0	4,6	6,5
Importe	4,2	6,7	4,4	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,0	1,6	0,8	1,2
Erwerbstätige <sup>b</sup> (in 1.000 Personen)	38.722	38.860	39.049	39.320
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.377	4.381	4.860	4.755
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (in %)	10,2	10,2	11,1	10,8
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	1,6	1,8	1,5
Finanzierungssaldo des Staates <sup>e</sup>				
- in Mrd. Euro	-81,4	-80,1	-75,8	-69,7
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,6	-3,4	-3,1
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) <sup>f</sup>	-64,9	-66,2	-67,0	-68,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	2,0	1,0	1,7
Verbraucherpreisindex im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,1	2,0	1,6
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben - b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (VPI). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – g) HVPI-EWU (1996=100)				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

verteuerten sich seit Jahresanfang weiter moderat. Der ebenfalls im Verlauf des letzten Jahres einsetzende Anstieg der Exportpreise ist auf die deutlich höheren Importpreise insbesondere von Rohstoffen und Mineralölprodukten zurückzuführen. Die Exporteure konnten die Verteuerung der Vorleistungsprodukte nur teilweise auf die Exportpreise überwälzen. Bei einem weiterhin freundlichen weltwirtschaftlichen Umfeld werden die Exporteure die Preiserhöhungsspielräume nutzen, so dass die Exportpreise im Prognosezeitraum moderat steigen. So nehmen die Exportpreise im Jahr 2005 um 0,7 % und im Jahr 2006 um 1 % zu. Aufgrund der starken

Verteuerung der Importpreise verschlechtern sich die Terms of Trade in diesem Jahr deutlich, während sie nächstes Jahr konstant bleiben dürften.

### Wenig Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen

Seit der Neuberechnung der Preisindizes im Gefolge der großen VGR-Revision 2005 werden Qualitätsverbesserungen bei Ausrüstungsgütern in stärkerem Maße bei der Deflationierung berücksichtigt als nach bisheriger Methodik. Die Veränderungsdaten der realen

**Tabelle 3: Bruttoinvestitionen (preisbereinigt): Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

	2004	2005	2006
<b>Bauten</b>	-2,6	-2,8	-1,8
Wohnungsbau	-1,6	-2,7	-2,4
Nichtwohnungsbau	-4,0	-2,9	-1,1
Gewerblicher Bau	-3,4	-2,7	-2,8
Öffentlicher Bau	-5,3	-3,7	3,5
<b>Ausrüstungen</b>	2,3	3,1	3,3
<b>Sonstige Anlagen</b>	1,0	2,9	3,9
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	-0,5	-0,1	0,6
<b>Vorratsinvestitionen<sup>1</sup></b>	4,5	1,6	0,6
<b>Bruttoinvestitionen</b>	4,0	1,5	1,2

1) Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Ausrüstungsinvestitionen im Revisionszeitraum 1991 bis 2004 sind deshalb nun etwas höher als zuvor. Für das vergangene Jahr wird jetzt preisbereinigt ein Zuwachs von 2,3 % ausgewiesen, zuvor betrug die Zunahme lediglich 1,2 %. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest Leasing ist jedoch auf kurze Sicht noch nicht mit einer beschleunigten Ausweitung der Investitionsbudgets zu rechnen. Angesichts der schwachen Absatzperspektiven im Inland und des niedrigeren Kostenniveaus im benachbarten Ausland sind die Renditeaussichten für Investitionen in Deutschland weiterhin relativ ungünstig. Allerdings ist mit einem weiteren Rückgang der Investitionsgüterpreise zu rechnen. Bei einer vergleichsweise schwachen Zunahme der nominalen Investitionsausgaben von 1 bis 1,5 % ergeben sich damit für die Jahre 2005 und 2006 in realer Rechnung Zuwächse von jeweils reichlich 3 %.

### Bauinvestitionen weiterhin rückläufig

Die Investitionen in Wohnbauten sind im Verlauf des vergangenen Jahres weiter zurückgegangen. Der langfristig negative Trend der Wohnungsbauinvestitionen, der von stagnierenden Haushaltseinkommen, Arbeitsplatzrisiken und einem Überangebot an fertigen Wohnungen verursacht ist, wird weiterhin die Wohnungsbaukonjunktur bestimmen. Für 2005 ist mit einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um preisbereinigt 2,7 %, für 2006 um 2,4 % zu rechnen (vgl. Tab. 3).

Die gewerblichen Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr spürbar gesunken. Der bei mäßigem Wirt-

schaftswachstum fehlende Erweiterungsbedarf und der in den hohen Leerstandsquoten sichtbare Angebotsüberhang vor allem bei Büroimmobilien wird weiterhin für einen negativen Trend bei den Wirtschaftsbauten sorgen. In den Jahren 2005 und 2006 dürften die Investitionen in Wirtschaftsbauten preisbereinigt um jeweils  $2\frac{3}{4}$  % sinken.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeichnet sich nach kräftigen Rückgängen in den vergangenen beiden Jahren eine Erholung ab. Zwar dürften sie 2005 im Jahresdurchschnitt noch um 3,7 % unter dem Niveau des Vorjahres liegen, aber die steigenden Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die überwiegend in die Verkehrsinfrastruktur fließen sollen, werden im Verlauf des Jahres und im nächsten Jahr zu einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit führen. Im kommenden Jahr ist mit einem Zuwachs von preisbereinigt 3,5 % im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr real um 2,8 % sinken, im nächsten Jahr dürfte sich der Rückgang auf 1,8 % belaufen.

### Privater Konsum: Nachzügler der Konjunktur

Der private Konsum hat, nach leichter Besserung im zweiten Halbjahr 2004, im laufenden Jahr bisher erneut enttäuscht. Im ersten Quartal war er saisonbereinigt leicht rückläufig; danach dürften die realen Verbrauchsausgaben allenfalls geringfügig gestiegen sein. Zwar trat zu Jahresanfang die dritte und letzte Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Der Einkommenssteuersatz

sank um 1 Prozentpunkt, der Spitzensteuersatz sogar um 3 Prozentpunkte. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die durchschnittliche Belastung mit Sozialabgaben für Kinderlose; diese zahlen in der Pflegeversicherung nunmehr einen um 0,25 Prozentpunkte erhöhten Beitragssatz. Vor allem sind aber die Verbraucherpreise aufgrund der starken Verteuerung von Energieträgern kräftig gestiegen. Alles in allem dürften die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt nicht zugenommen haben, die Sparquote stagnierte auf vergleichsweise hohem Niveau.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum nur wenig zulegen. Im Jahresdurchschnitt 2005 werden die Bruttolöhne und -gehälter ähnlich verhalten wie im abgelaufenen Jahr steigen. Die Nettobezüge werden trotz steuerlicher Entlastungen mit 1,3 % (2004: +2,0 %) sogar verlangsamt zunehmen. Hierzu trägt bei, dass zur Senkung der Lohnnebenkosten ab Juli ein einheitlicher zusätzlicher Beitragssatz für Arbeitnehmer in Höhe von 0,9 % des beitragspflichtigen Einkommens eingeführt wird. Da zeitgleich der allgemeine durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in dieser Höhe zurückgenommen wird, ergibt sich für die Arbeitnehmer per Saldo eine Mehrbelastung in Höhe von 0,45 Prozentpunkten; die Arbeitgeber werden in diesem Umfang entlastet. Ebenfalls langsamer als 2004 werden sich die Sozialtransfers erhöhen, sie steigen nur um 0,5 %. Die übliche Rentenanpassung zur Jahresmitte fällt erneut aus; die ausgezahlten Renten werden wegen des auch von Rentnern zu leistenden Zusatzbeitrages zur GKV sogar sinken. Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kommt es insgesamt wohl zu etwas steigenden Transfers an die privaten Haushalte, wobei sich die Struktur der einzelnen Leistungen deutlich verändert. Unter Berücksichtigung der wieder stärker expandierenden Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 1,7 % steigen, real um 0,2 %. Bei nahezu unveränderter Sparquote wird sich der reale private Konsum in gleichem Ausmaß erhöhen.

Im kommenden Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter bei sich etwas bessernder Arbeitsmarktlage mit voraussichtlich 1,3 % wieder etwas stärker zulegen. Die Nettobezüge dürften allerdings wegen der jetzt wieder voll greifenden Steuerprogression verlangsamt zunehmen (1,0 %). Die monetären Sozialleistungen werden sogar stagnieren. Die gesetzlichen Altersbezüge dürften kaum angehoben werden, weil die Anpassung durch die Berücksichtigung der privaten Altersvorsorge in der Rentenformel und den „Nachhaltigkeitsfaktor“ gedämpft wird. Durch die weiter sinkende Zahl an Arbeitslosengeld-I-Empfängern dürften erneut die Leistungen der

Bundesagentur für Arbeit zurückgehen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 2,1 % steigen, real um 0,7 %. Bei unveränderter Sparquote wird der reale private Konsum ebenfalls um 0,7 % expandieren.

### Preisaufrtrieb schwächt sich wieder ab

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2005 nicht zuletzt wegen kräftig anziehender Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe merklich beschleunigt. Auch stieg die Kfz-Steuer für wenig schadstoffarme Fahrzeugtypen kräftig an. Gleichwohl lag die Inflationsrate im Mai 2005 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur bei 1,7 % (Jahresdurchschnitt 2004: +1,6 %). Maßgeblich hierfür war, dass die Preiswirkungen der zum Januar 2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform sowie der Tabaksteuererhöhung vom März 2004 nunmehr in der statistischen Basis enthalten sind und damit den Jahresvergleich nicht mehr beeinflussen. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug zuletzt 1,0 % und war damit ebenfalls nur geringfügig höher als im Jahresdurchschnitt 2004.

Der Preisaufrtrieb wird sich im Prognosezeitraum allmählich wieder abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teurer gewordenen Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität und der schwachen Konsumkonjunktur dürften die Überwälzungsmöglichkeiten auf der Verbraucherstufe jedoch gering bleiben. Prognoserelevant ist weiterhin, dass im September 2005 die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 auf 1,8 % belaufen; im nächsten Jahr, wenn der gegenwärtige Ölpreisschub in der statistischen Basis enthalten ist, fällt sie auf 1,5 % zurück.

### Arbeitsmarkt weiter unter Druck

Die letzten Monate haben auf dem Arbeitsmarkt keine Wende gebracht. Im Mai dieses Jahres gab es 4,81 Mill. registrierte Arbeitslose; das entspricht einem Anstieg von 510.000 gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil dieser

**Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Erwerbstätige Inländer	39.209	38.994	38.635	38.777	38.970	39.240
Arbeitnehmer	35.226	34.991	34.563	34.546	34.600	34.840
darunter						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.914	27.629	27.007	26.569	26.394	26.382
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.112	4.148	4.322	4.741	4.870	4.990
Zusatzjobs						
Selbstständige	3.983	4.003	4.072	4.231	4.370	4.400
darunter:						
Ich-AG			43	164	240	240
Pendlersaldo	107	102	87	83	80	80
Erwerbstätige Inland	39.316	39.096	38.722	38.660	39.050	39.320
Arbeitslose <sup>a</sup>	3.853	4.061	4.377	4.381	4.860	4.755
Arbeitslosenquote <sup>b</sup>	8,9	9,4	10,2	10,2	11,1	10,8
Erwerbslose <sup>c</sup>	2.923	3.224	3.687	3.687	3.931	4.100
Erwerbslosenquote <sup>d</sup>	6,9	7,6	8,7	9,2	9,5	9,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Beschäftigung schaffende Maßnahmen <sup>e</sup>	220	180	145	119	70	50
Berufliche Vollzeitweiterbildung	345	332	251	184	110	65
Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen	60	74	93	95	60	45

a) Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – e) Strukturanpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Zunahme (ca. 360.000) auf die im Zuge der Hartz-IV-Gesetzgebung erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zurückzuführen ist. Rechnet man dagegen, dass inzwischen rund 155.000 Zusatzjobs die Statistik entlasten, so dürfte die rein konjunkturelle Zunahme der Arbeitslosigkeit rund 300.000 betragen haben. Allerdings ist zu beachten, dass nach Schätzungen der BA noch ca. 80.000 Arbeitslose in den Kommunen gemeldet sind, die bisher noch nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden.

Rein konjunkturell betrachtet ist zunächst nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Erst im nächsten Jahr ist eine leichte Besserung auf dem

Arbeitsmarkt zu erwarten. Überlagert wird diese Grundtendenz aber durch die weitere Schaffung von Zusatzjobs. Unter der Annahme, dass zum Jahresende 2006 etwa 300.000 Zusatzjobs bestehen, wobei der größte Teil der Zunahme auf das Jahr 2005 entfällt, dann würde das im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenzahl im Jahr 2005 um ca. 180.000 und im Jahr 2006 um 290.000 senken. Dabei ist unterstellt, dass alle betroffenen Personen mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten – das ist die Geringfügigkeitsgrenze, bis zu der Beschäftigte gleichzeitig als arbeitslos registriert werden können. Auch bleiben allfällige Substitutionseffekte zu regulärer Beschäftigung, aber auch zu anderen arbeitsmarktpolitischen

Instrumenten unberücksichtigt. Ferner werden nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einige der seit Jahresbeginn zusätzlich erfassten Arbeitslosen wieder aus der Statistik herausfallen. Dies dürfte dazu führen, dass durch die Hartz-IV-Reform am Jahresende 2006 noch rund 310.000 zusätzliche Arbeitslose in der Statistik erscheinen. Dadurch würde der Jahresdurchschnitt 2005 nur noch um 335.000 erhöht und im nächsten Jahr um 325.000. Unter Berücksichtigung der o. g. neu geschaffenen Zusatzjobs ergibt sich insgesamt eine Arbeitslosenzahl, die 2005 um 155.000 und 2006 um 35.000 höher ist im Vergleich zu einer Situation ohne die Hartz-IV-Reform. Fasst man alle angesprochenen Effekte zusammen, so wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 um 479.000 auf 4,86 Mill. ansteigen. Im nächsten Jahr geht dann die Arbeitslosenzahl um 104.000 auf 4,76 Mill. zurück, womit das Niveau von 2004 immer noch um etwa 375.000 überschritten wird (vgl. Tab. 4).

Der Tiefpunkt bei der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl ist seit dem dritten Quartal 2003 überwunden. Die Zunahme war aber keinesfalls von der konjunkturellen Situation getragen und auch ein Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung blieb aus. So ging der Anstieg der Erwerbstätigen einher mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, da die neuen Stellen (sog. Minijobs: +545.000) überwiegend von Schülern, Studenten, Hausfrauen und Rentnern besetzt wurden. Hinzu kamen durch die staatlich geförderte Selbständigkeit rund 210.000 Ich-AGs und bis zum 1. Quartal 2005 rund 120.000 Zusatzjobs. Ohne diese Zusatzjobs wäre in den vergangenen beiden Quartalen erneut ein saisonbereinigter Rückgang der Erwerbstätigenzahl um ca. 40.000 zu verzeichnen gewesen. Immerhin sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuletzt nicht mehr so schnell. Gleichzeitig stieg die Zahl der

Ich-AGs und Minijobs langsamer. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die neuen Minijobs bestehende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt haben.

Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass die Erwerbstätigenzahl um etwa 190.000 auf 38,97 Mill. zunimmt. Der Anstieg resultiert zum Großteil aus der Ausweitung der Zusatzjobs und einer weiteren Zunahme der Minijobs um 130.000. Zudem schwächt sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahresverlauf etwas ab. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird dann in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erstmals mit einem langsamen Anstieg gerechnet. Im Jahresdurchschnitt werden dennoch weniger Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen als im Vorjahr. Die Zahl der Minijobs erhöht sich weiter, wobei die Dynamik der vergangenen Jahre im Prognosezeitraum nicht mehr erreicht wird. Bei den Selbständigen schlägt im kommenden Jahr zu Buche, dass bei den Ich-AGs aufgrund der Beschränkung der Förderungsdauer keine Zuwächse mehr verzeichnet werden dürften. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2006 um 270.000 auf 39,24 Mill. steigen.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2005. Vgl. G. FLAIG, W. NIERHAUS, O.-E. KUNTZE et. al., ifo Konjunkturprognose 2005/2006: Nur zögerliche Erholung, in: ifo Schnelldienst, 12/2005, S. 29–63.

<sup>2</sup> In dieser Prognose wird angenommen, dass das Barrel Rohöl im Jahresdurchschnitt 2005 rund 48 US-Dollar kosten wird und im nächsten Jahr 46 US-Dollar. Im Verlauf bedeutet dies, ausgehend vom jetzigen Höhepunkt, einen Rückgang auf die Preisnotierungen vom Mai dieses Jahres.

<sup>3</sup> Das Jahr 2004 wies eine besondere Kalenderkonstellation auf. So fielen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kam der Schalltag. Dies hatte zur Folge, dass im Vergleich zum langjährigen Mittel überdurchschnittlich viele Arbeitstage zur Verfügung standen.

<sup>4</sup> Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 8, 2005, S. 3–57.

# Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II – Was wird sich ändern?

Beate Grundig\*

Im Falle von Arbeitslosigkeit gewährt der Staat den Betroffenen in der Regel Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Dieses ist in Deutschland entweder das Arbeitslosengeld I oder das Arbeitslosengeld II. Das Arbeitslosengeld I ist eine Leistung aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Anspruch auf diese Leistung haben nur Personen, die vor der Arbeitslosigkeit eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über mindestens 12 Monate ausgeübt haben.

Besteht dieser Anspruch nicht oder ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu gering, so erhält der Arbeitslose Arbeitslosengeld II (ALG II). Dies ist eine steuerfinanzierte Grundleistung auf ähnlichem Niveau wie die frühere Sozialhilfe. Im Gegensatz zur Versicherungsleistung muss der Arbeitslose beim Bezug von ALG II allerdings hilfebedürftig sein. Dies bedeutet, dass der Arbeitslose seinen Lebensunterhalt nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen sichern kann.

Aus Anreizgesichtspunkten sollte jedoch vermieden werden, die staatliche Leistung im selben Umfang zu kürzen wie Arbeitseinkommen entsteht. Diese Situation bestand früher über weite Einkommensbereiche bei der Sozialhilfe. Hierbei wurde von der sog. Sozialhilfefalle gesprochen, da sich eine Einkommenserhöhung nicht oder nur geringfügig im Haushaltsnettoeinkommen widerspiegelte. Um Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu geben, wird deshalb ein Teil des Einkommens nicht auf die staatliche Leistung angerechnet.

In diesem Beitrag werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II genauer vorgestellt. Da sich die derzeit geltenden Regeln zum Hinzuverdienst im Herbst dieses Jahres ändern, werden diese Änderungen und deren Auswirkungen in diesem Beitrag ebenfalls analysiert.

## Arbeitslosengeld II

Mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) wurde zum 1. Januar 2005 das ALG II eingeführt. Das ALG II vereint die bisherigen Leistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Neben früheren Arbeitslosenhilfebeziehern sind damit auch erwerbsfähige frühere Sozialhilfeempfänger potenzielle Beziehende des ALG II. Verfügt ein Alleinstehender über kein anrechenbares Einkommen oder Vermögen, so erhält er

als monatliche Grundleistung in den neuen Bundesländern 331 € und in den alten Bundesländern 345 € zuzüglich der Kosten für Unterkunft und Heizung.

## Hinzuverdienstmöglichkeiten im Vergleich

Nach den derzeit noch geltenden Regeln bleibt erwerbstätigen ALG-II-Empfängern bei einem Bruttoeinkommen von bis zu 400 € 15 % des um Absetzbeträge bereinigten Einkommens anrechnungsfrei (vgl. Tab. 1). Das bereinigte Nettoeinkommen entspricht dem Bruttoarbeitseinkommen nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Werbungskosten und bestimmten Versicherungen. Bei Bruttoeinkommen von 400 € bis 900 € erhöht sich der Freibetrag auf 30 % für das Einkommen, welches 400 € übersteigt. Bei noch höherem Arbeitseinkommen verringert sich der prozentuale Freibetrag wieder auf 15 % des 900 € übersteigenden Einkommens.

Im Frühsommer dieses Jahres wurde von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU der „Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung der Freibetragsregelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige“ im Bundestag eingebracht. Der Bundestag hat am 3. Juni 2005 seine Zustimmung zum sog. Freibetragsneuregelungsgesetz erteilt und am 8. Juli 2005 wurde das Gesetz auch vom Bundesrat verabschiedet. Demnach treten am 1. Oktober dieses Jahres die neuen Hinzuverdienstregeln in Kraft.

An die Stelle des Abzugs von Werbungskosten und bestimmter Versicherungen tritt dann ein Grundfreibetrag von 100 €. Des Weiteren wurde die bisherige Stufenregelung der prozentualen Freibeträge verändert. Übersteigt das Einkommen den Grundfreibetrag, so bleiben bei Einkommen bis 800 € 20 % des Bruttoeinkommens anrechnungsfrei. Von dem 800 € übersteigenden Einkommen sind noch 10 % anrechnungsfrei. Die Einkommenshöchstgrenze für die teilweise Einkommensfreistellung wurde auf 1.200 € festgesetzt. Zusätzlich wurde eine Kinderkomponente eingefügt: Bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern erhöht sich diese Grenze auf 1.500 €.

\* Beate Grundig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Tabelle 1: Vergleich der Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II**

	<b>Einkommengrenzen (jeweils brutto)</b>	<b>Freibetrag bei Erwerbstätigkeit</b>
derzeitige Regelungen	bis 400 €	15 % des um Absetzbeträge bereinigten Einkommens
	400 € bis 900 €	zusätzlich 30 % des 400 € übersteigenden Einkommens
	900 € bis 1.500 €	zusätzlich 15 % des 900 € übersteigenden Einkommens
ab 1. Oktober geltende Regelungen	bis 100 €	100 € pauschaler Grundfreibetrag
	100 € bis 800 €	20 % des Bruttoeinkommens
	800 € bis 1.200 € (bzw. 1.500 € bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern)	10 % des 800 € übersteigenden Einkommens

Quellen: [www.arbeitsmarktreform.de](http://www.arbeitsmarktreform.de), Zusammenstellung des ifo Instituts.

### Auswirkungen

Die Neuregelungen verändern den Einkommensverlauf für ALG-II-Empfänger sichtbar. In Abbildung 1 wurde das Haushaltsnettoeinkommen eines Alleinlebenden in Abhängigkeit seines Bruttoarbeitseinkommens dargestellt. Das Haushaltsnettoeinkommen setzt sich aus dem Nettoarbeitseinkommen und dem gegebenenfalls bestehenden Anspruch auf ALG II und den Kosten für Unterkunft und Heizung zusammen. Die graue Kurve gibt den Einkommensverlauf ohne Bezug von ALG II an, allerdings mit dem üblichen Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer.

Der Unterschied in den Steigungen zwischen den grünen ALG-II-Kurven und der grauen Kurve ohne ALG II stellt den sog. Transferentzug dar. Transferentzug besagt, dass die Arbeitslosenunterstützung aufgrund von Einkommen des Arbeitslosen reduziert wird. Die Transferentzugsrate gibt dabei an, welcher Anteil des Arbeitseinkommens auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird. Liegt die Transferentzugsrate bei 100 %, so wird jeder zusätzliche Euro an Arbeitseinkommen voll auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so dass sich eine Erhöhung im Arbeitseinkommen nicht in einer Erhöhung des Haushaltsnettoeinkommens widerspiegelt. In der Abbildung würde eine solche Transferentzugsrate zu einem horizontalen Kurvenverlauf führen. Je niedriger die Transferentzugsrate ist, desto steiler ist der Kurvenverlauf. Bei einem fehlenden Transferentzug (d. h. bei einer Transferentzugsrate von 0 %) steigt das

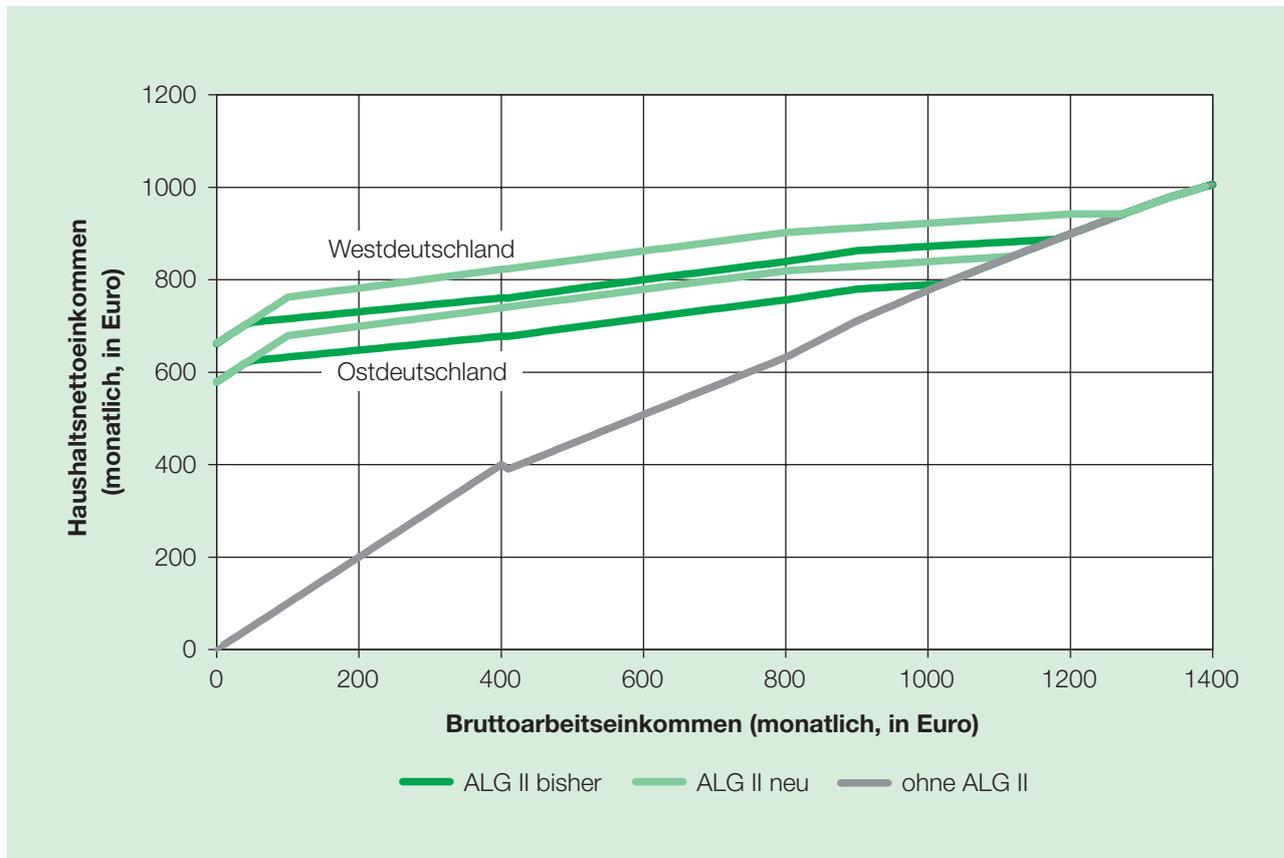
Haushaltsnettoeinkommen in gleichem Umfang wie das Bruttoarbeitseinkommen.

Übt ein ALG-II-Empfänger keine Beschäftigung aus, so kann der ALG-II-Bedarf (inkl. der Kosten für Unterkunft und Heizung) als Schnittpunkt der jeweiligen Einkommenskurve mit der „Haushaltsnettoeinkommens-Achse“ abgelesen werden: In Ostdeutschland beträgt der durchschnittliche Bedarf 579 € und in Westdeutschland 662 €. <sup>1</sup>

Derzeit beginnt zwar der Transferentzug beim ersten verdienten Euro, da allerdings vom Bruttoarbeitseinkommen die Kosten für bestimmte Versicherungen und Werbungskosten (z. B. Fahrtkosten) abgezogen werden können, besteht de facto bis zu einem Bruttoeinkommen von ca. 40–50 € kein Transferentzug. Die etwas niedrigere Transferentzugsrate bei einem Bruttoeinkommen zwischen 400 € und 900 € ist in der Abbildung als etwas steilerer Verlauf der Einkommenskurve erkennbar. Der niedrigere Transferentzug wird allerdings durch die beginnende Sozialversicherungspflicht etwas gedämpft. Für Einkommen von 900 € bis 1.500 € steigt die Transferentzugsrate wieder auf 85 %; hinzu kommt der beginnende Lohnsteuerabzug.

Die Einführung des pauschalen Einkommensfreibetrags im Oktober dieses Jahres führt zu einem längeren identischen Ansteigen von Brutto- und Haushaltsnettoeinkommen. Zwar wurden die Anrechnungssätze und die dazugehörigen Einkommensgrenzen verändert, der Einfluss auf den Einkommensverlauf ist aber nur gering. Die größten Auswirkungen hat die Festlegung des

**Abbildung 1: Haushaltsnettoeinkommen in Abhängigkeit vom Bruttoarbeitseinkommen eines Alleinlebenden**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

pauschalen Freibetrags auf 100 €. Da dies deutlich mehr ist als bisher abgezogen werden kann, führt dies im Wesentlichen zu einer Verschiebung der Einkommenskurve nach oben. Davon profitieren vor allem diejenigen ALG-II-Empfänger mit niedrigem Einkommen, da ihnen ein geringerer Teil ihres Einkommens angerechnet wird.

### Bewertung

Ob die vorgenommenen Änderungen der Hinzuverdienstmöglichkeiten tatsächlich die Arbeitsanreize erhöhen, hängt vom bisherigen Arbeitsangebotsverhalten der Haushalte ab. Für diejenigen, die bisher nicht arbeiten, ist der Einkommensabstand zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit relevant (extensives Arbeitsangebot). Dieser Abstand wird sich mit den vorgenommenen Änderungen erhöhen. Das bedeutet, dass die Aufnahme einer Tätigkeit gegenüber Nicht-Arbeit attraktiver wird, dies gilt insbesondere für Jobs mit geringem Verdienst bis zum beginnenden Transferentzug bei Einkommen von mehr als 100 €.

Für Analysen wird neben der extensiven Arbeitsangebotsentscheidung oft auch die sog. intensive Arbeitsangebotsentscheidung herangezogen. Diese gibt – wie der Name schon andeutet – die Intensität bzw. den Umfang des Arbeitsangebotes, also die Zahl der Arbeitsstunden wieder. In der Realität ist zwar meist keine „stufenlose“ Entscheidung bezüglich der Zahl der Arbeitsstunden möglich, aber es sind zumindest verschiedene Stundenzahlen oder aber auch verschiedene Einkommenshöhen denkbar. Für die intensive Arbeitsangebotsentscheidung sind im Allgemeinen die marginalen Abzüge – d. h. Transferentzug, Einkommensteuer und Sozialversicherungsabgaben – von Bedeutung. Da sich die Transferentzugsraten teilweise gegenüber den heutigen Regeln erhöhen, vermindert die Neuregelung die Arbeitsanreize.

Aus fiskalischen Gesichtspunkten kann festgestellt werden, dass die beiden hellgrünen neuen Kurven nun erst bei höheren Bruttoarbeitseinkommen in die graue reguläre Einkommenskurve übergehen. Dies bedeutet, dass über einen längeren Bereich der Einkommensskala Transfers geleistet werden, was tendenziell zu höheren fiskalischen Kosten führt.

Dieses Dilemma zwischen Arbeitsanreizen und fiskalischen Kosten kann man nur lösen, wenn die Grundleistung abgesenkt wird und dafür im Gegenzug die Hinzuverdienstmöglichkeiten erhöht werden. Diesen Weg schlägt beispielsweise das ifo Institut ein, das bereits im Jahr 2002 unter dem Namen „Aktivierende Sozialhilfe“ einen umfangreichen Reformvorschlag publiziert und in die öffentliche Debatte eingebracht hat.

Kernelement des ifo Vorschlags ist der freie Hinzuverdienst bis zu einem Einkommen von 400 €. Hinzu kommt, dass die ersten selbstverdienten 200 € mit 20 % bezuschusst werden. Für Einkommen von mehr als 400 € findet zwar eine Anrechnung des Einkommens auf die staatlichen Leistungen statt, die Transferentzugsrate

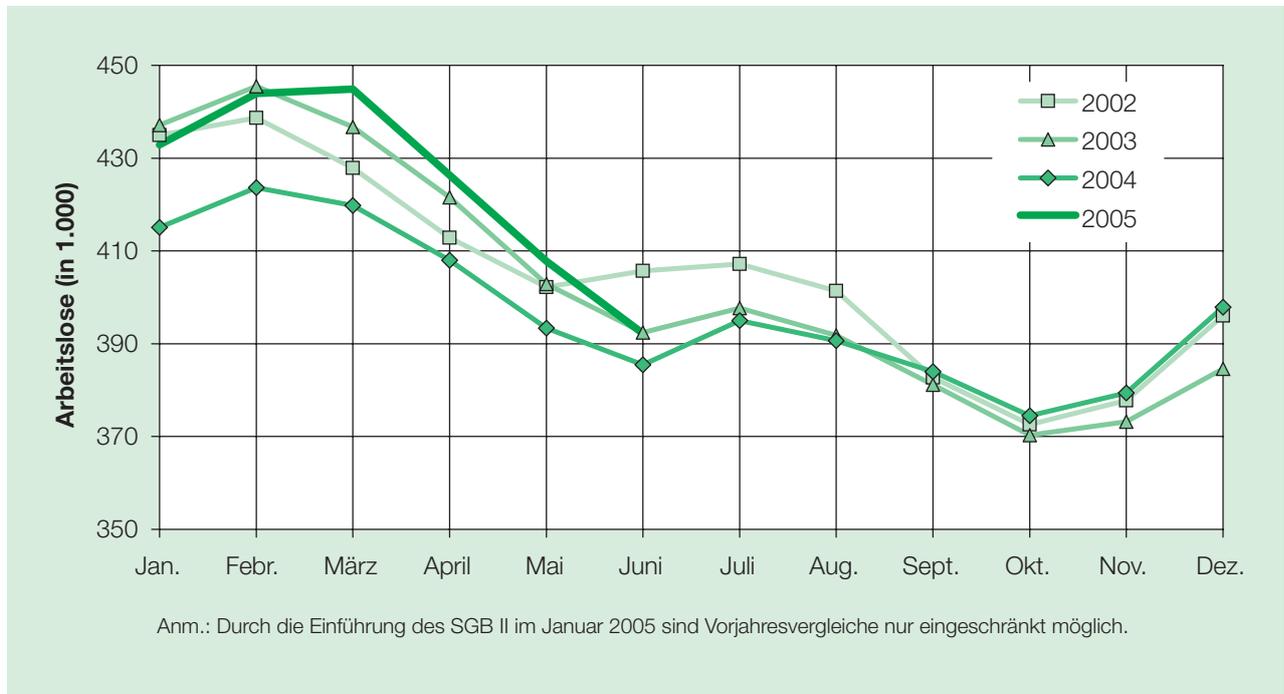
ist mit ca. 70 % allerdings immer noch niedriger als unter den neuen Regelungen. Im Gegenzug zu dieser „großzügigen“ Einkommensanrechnung muss nach dem ifo Vorschlag allerdings die Grundleistung reduziert werden, um dem Staat zusätzliche Ausgaben zu ersparen. Durch das Zusammenspiel von reduzierter Grundleistung und geringerer Einkommensanrechnung erwartet das ifo Institut Arbeitsmarkteffekte, welche die Arbeitslosigkeit in Deutschland signifikant verringern können.

<sup>1</sup> Für die Kosten der Unterkunft und Heizung wurden die durchschnittlichen Werte von der offiziellen Internetseite des BMWA zu den Hartz-Reformen übernommen ([www.arbeitsmarktreform.de](http://www.arbeitsmarktreform.de)).

# Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

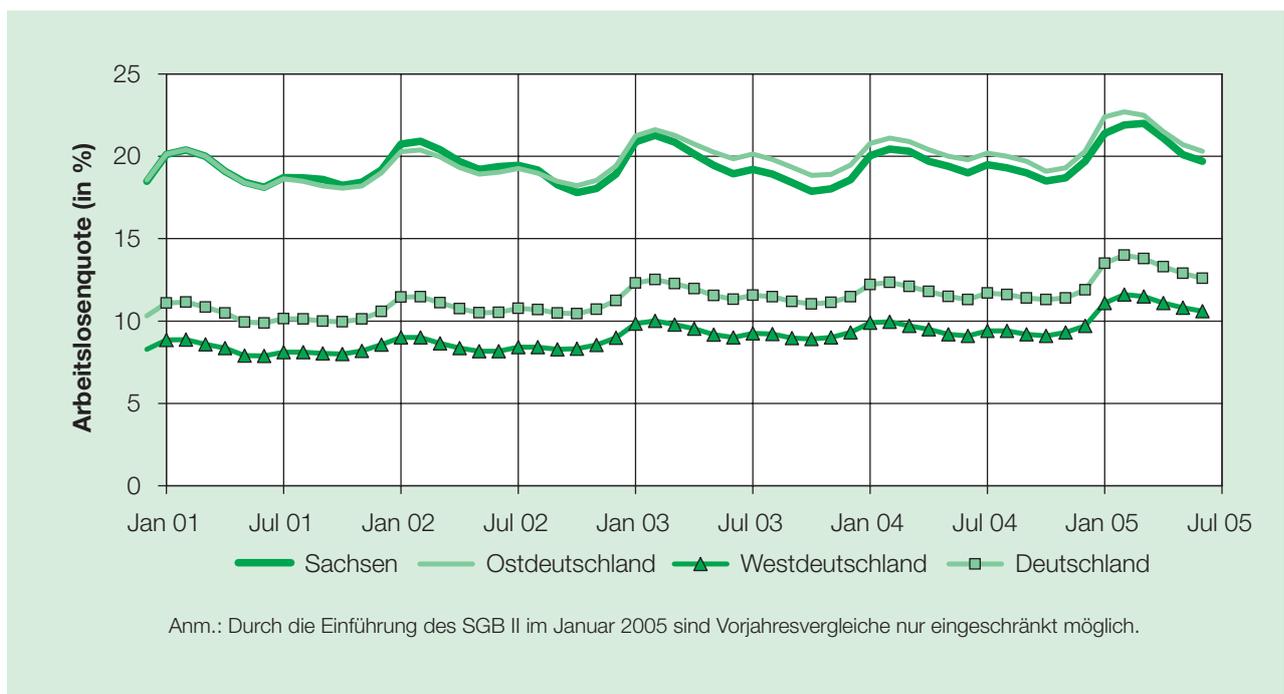
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2002 bis 2005)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquote in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2001 bis 2005)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>a</sup>			Gemeldete Stellen <sup>b</sup>			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen <sup>c</sup>		
	April 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	696	689	712	14	14	10	14	15	26
Mecklenburg-Vorp.	491	483	508	12	13	6	11	12	18
Sachsen	1.321	1.310	1.360	22	23	13	29	30	48
Sachsen-Anhalt	712	706	744	14	12	8	15	16	31
Thüringen	704	696	723	14	13	8	15	16	28
D Ost (mit Berlin)	4.944	4.905	5.089	96	98	53	100	107	180
D West (ohne Berlin)	21.210	21.125	21.395	344	344	253	196	202	281
D gesamt	26.154	26.031	26.484	439	442	305	296	309	461

Arbeitslosigkeit <sup>d</sup>									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote <sup>e</sup> (in %)			Langzeitarbeitslose <sup>f</sup> (in % der Arbeitslosen)		
	Juni 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	238	246	250	19,5	20,0	20,3	46,6	45,5	45,5
Mecklenburg-Vorp.	177	184	175	21,8	22,3	21,2	46,4	45,5	44,7
Sachsen	392	408	385	19,7	20,1	19,0	44,7	44,0	46,8
Sachsen-Anhalt	254	264	257	21,5	21,9	21,3	46,6	45,9	46,1
Thüringen	202	210	200	18,0	18,5	17,6	41,0	40,3	43,3
D Ost (mit Berlin)	1.587	1.637	1.565	20,3	20,7	19,8	43,9	43,2	44,8
D West (ohne Berlin)	3.117	3.170	2.669	10,6	10,8	9,1	35,3	34,6	36,6
D gesamt	4.704	4.807	4.233	12,6	12,9	11,3	38,2	37,6	39,6

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (inkl. traditionelle Struktur Anpassungsmassnahmen) und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. – d) Vergleiche zum Vorjahresmonat wegen Einführung des SGB II nur eingeschränkt möglich. – e) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – f) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

## Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

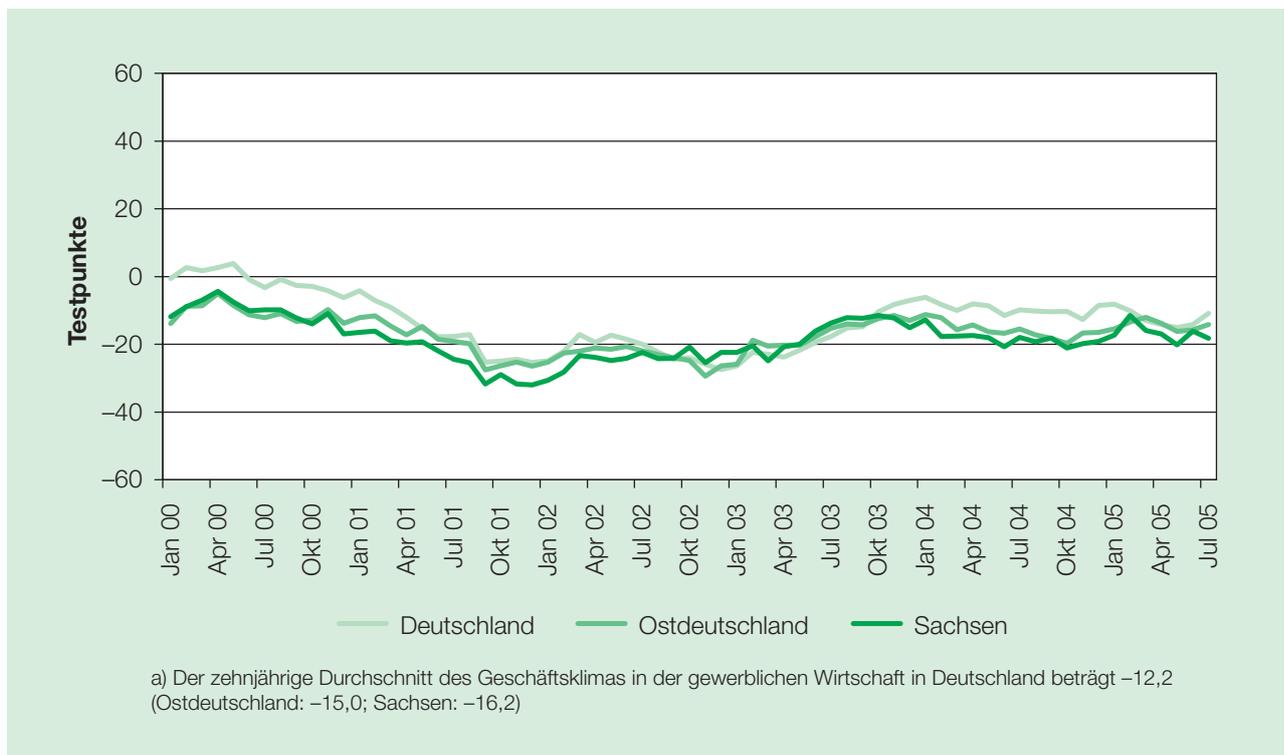
Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE). Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

$GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$ . Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

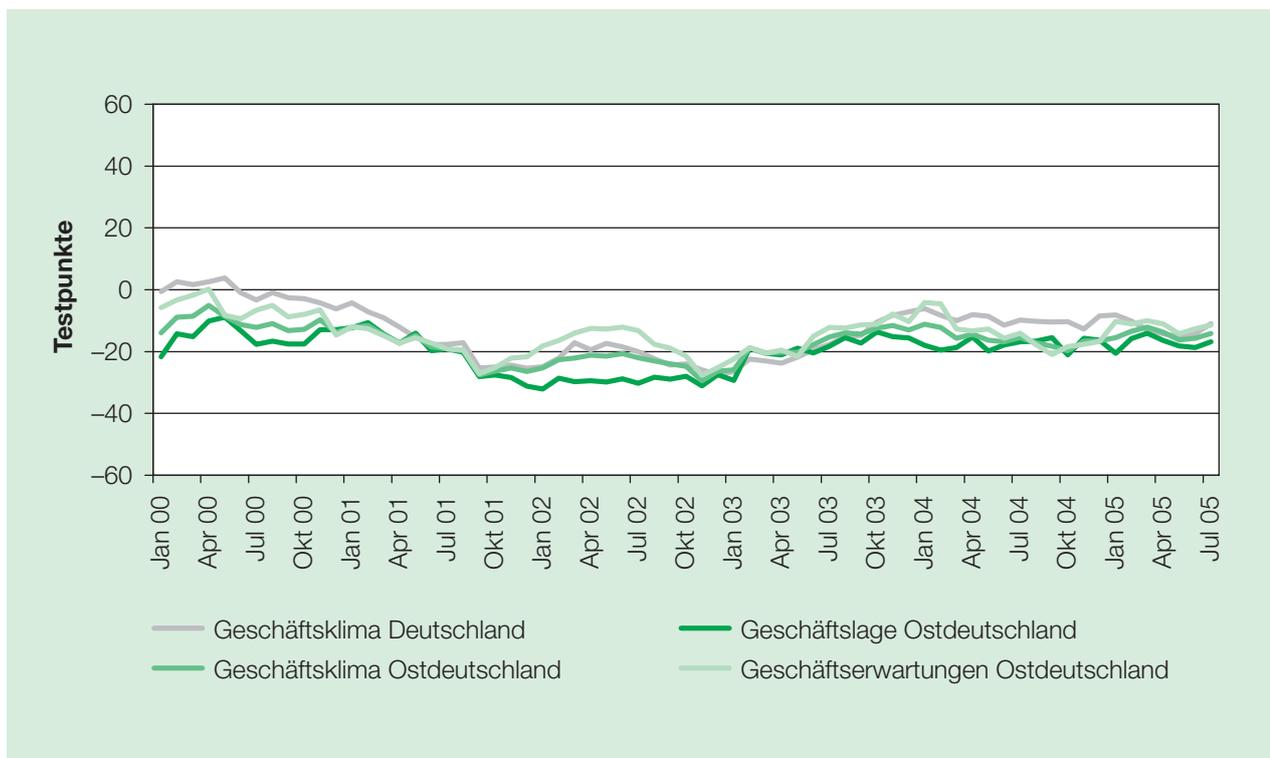
Das ifo Geschäftsklima basiert auf zirka 7.000 monatlichen Meldungen. Die Anzahl der ostdeutschen Teilnehmer beträgt rund 1.400. Zirka 600 Meldungen kommen aus Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

**Abbildung 1: Geschäftsklima<sup>a</sup>**  
**Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen**



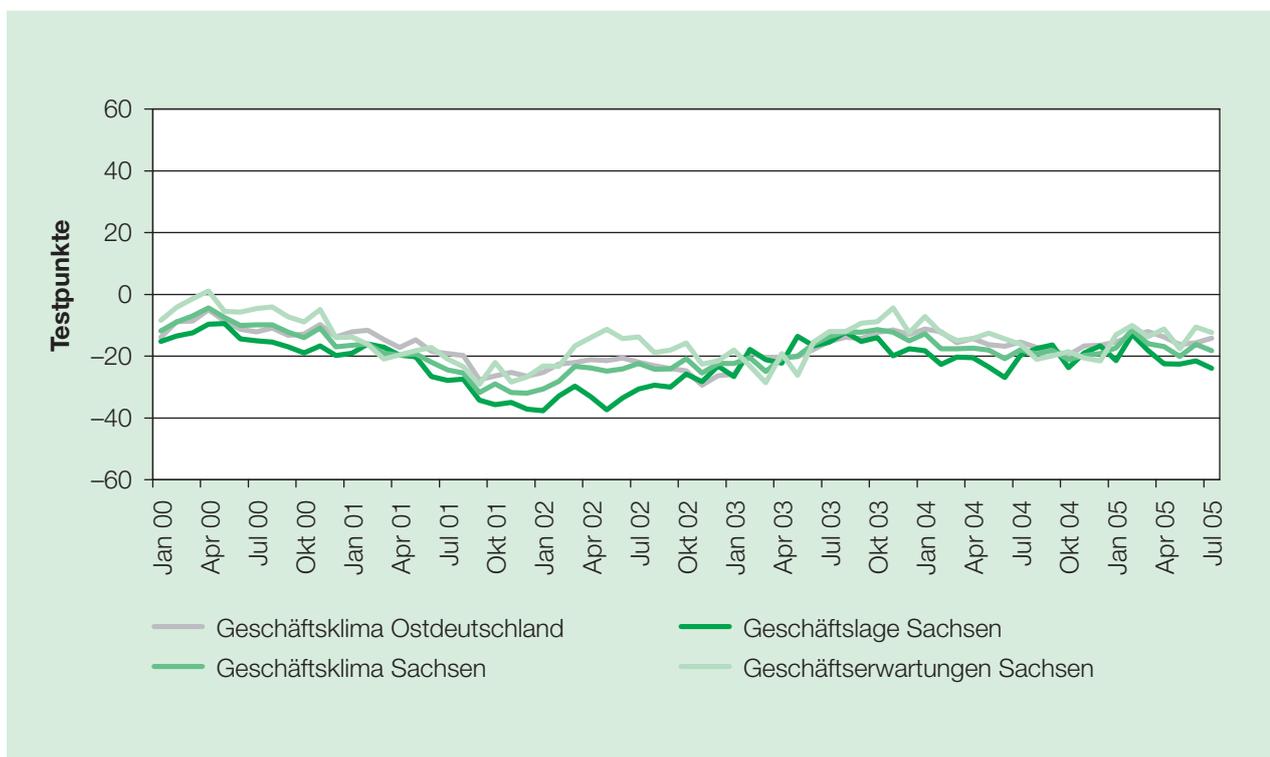
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen  
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



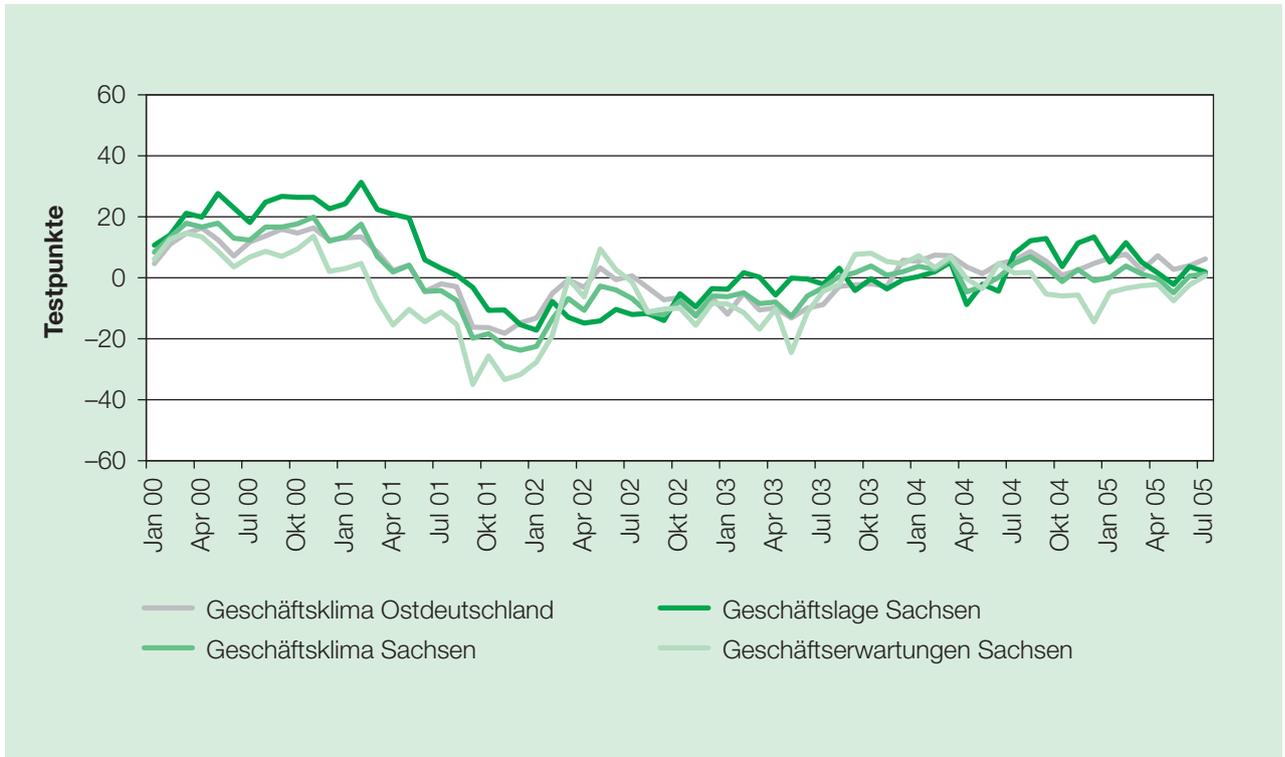
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen  
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



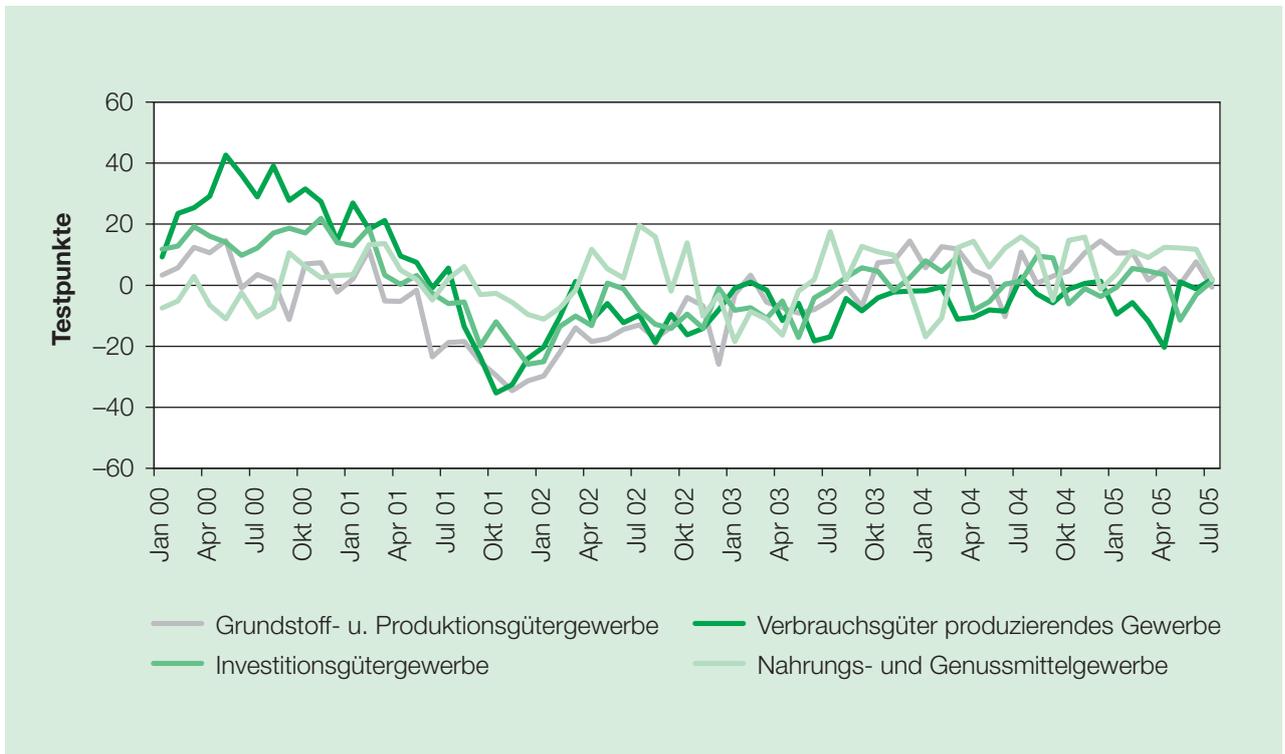
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen  
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)**



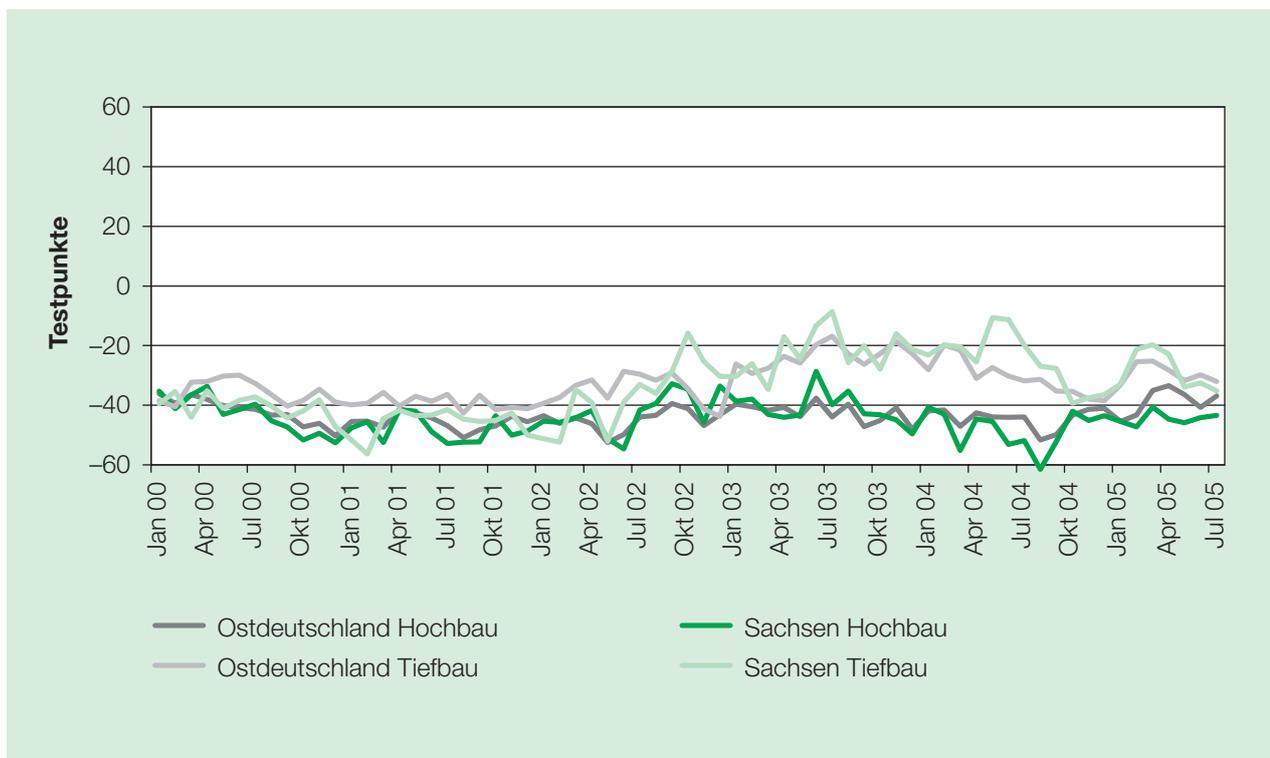
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 5: Geschäftsklima  
Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen**



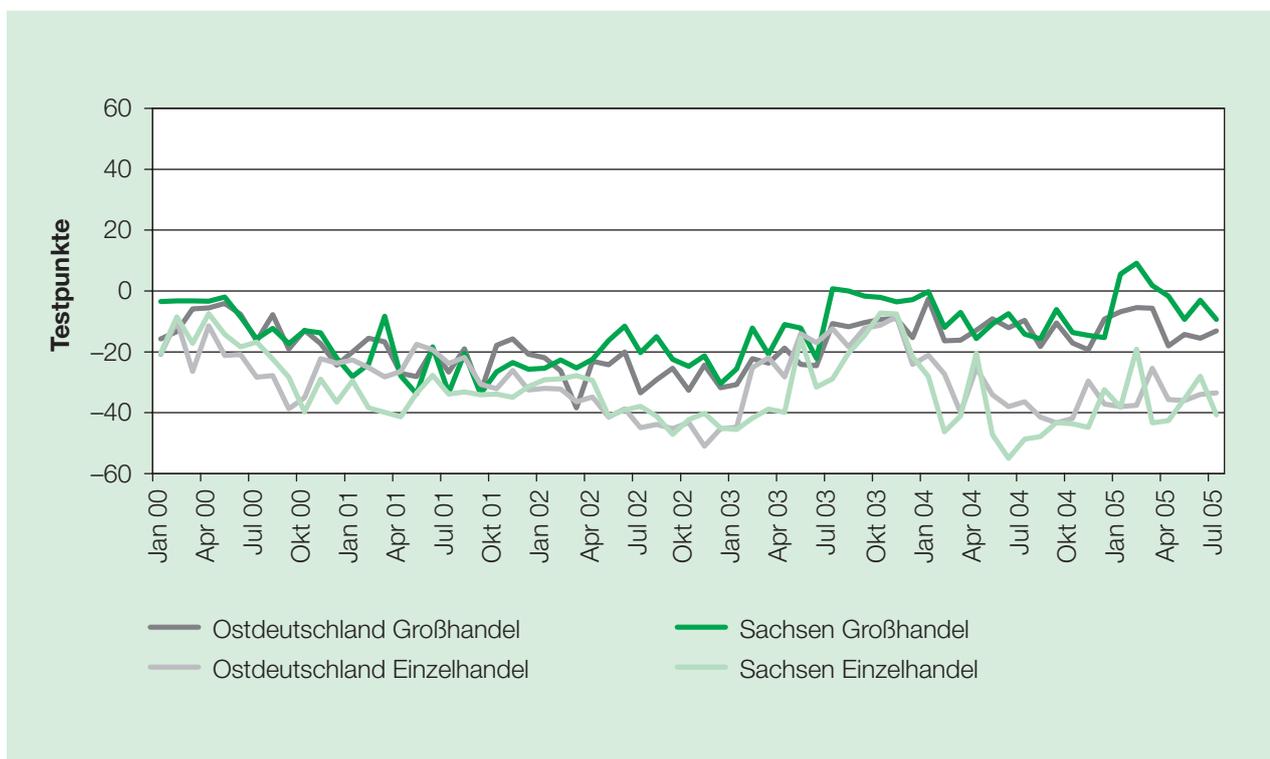
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima  
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima  
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

## ifo Veranstaltungen

Am **30. Juni 2006** fand das erste ifo Gartengespräch in der Niederlassung Dresden mit Vertretern von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft statt. An der Veranstaltung nahmen unter anderem Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts sowie Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer von ifo Dresden, teil.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird am **6. September 2005** Prof. Dr. Johann

Graf Lambsdorff, Professor für Volkswirtschaftslehre in Passau, einen Vortrag zum Thema „Korrumpierte Politiker und korrumpierte Beamte – was schadet mehr?“ halten. Wie immer ist diese Veranstaltung öffentlich und findet in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden statt (Beginn: 18.30 Uhr). Im Anschluss an den Vortrag und die Diskussion lädt das ifo Institut zu einem kleinen Imbiss ein, bei dem die im Vortrag angesprochenen Themen in einem ungezwungenen Rahmen weiter vertieft werden können. Interessierte Zuhörer sind herzlich eingeladen.

## ifo Vorträge

Auf der diesjährigen Konferenz der European Society for Population Economics, die vom **16.–18. Juni 2005** in Paris stattfand, hielt Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, einen Vortrag zum Thema „Return Migration of Low- and High-Skilled Immigrants from Germany“.

Am **28. Juni 2005** trug Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, im Rahmen des Graduierten-

seminars der TU Dresden zum Thema „Three Essays on Immigrants in Germany“ vor.

Im Rahmen des an der Technischen Universität Dresden stattfindenden Mittagsseminars hielten folgende Mitarbeiter von ifo Dresden Vorträge über ihre aktuellen Forschungsaktivitäten:

Datum	Referent	Thema
20. Juni	Gerit Vogt	Analyse der Prognoseeigenschaften von Frühindikatoren unter Einbeziehung deutscher Real-Time Daten
4. Juli	Beate Grundig	Determinanten der Erwerbsentscheidung von Frauen – erste Ergebnisse
11. Juli	Christian Leßmann	Föderalismus und innerstaatliche Konvergenzprozesse

## ifo intern

Im Rahmen der ifo Hauptversammlung, die am 23. Juni 2005 in München stattfand, wurde Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer von ifo Dresden, mit dem Wissenschaftspreis, den die Freundesgesellschaft des ifo Instituts auslobt, ausgezeichnet. Sein Aufsatz mit dem Titel „The Economics of Repeated Extortion“, der im Rand Journal of Economics erschien, zeigt auf, weshalb die Bindungsdauer des investierten Kapitals in Schwellen- und Entwicklungsländern relativ kurz ist.

Dr. Claudia Kriehn hat die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts zum 30. Juni 2005 verlassen und wechselt in die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft. Thomas Fester ist zum 1. August 2005 ins Sächsische Staatsministerium der Finanzen gewechselt.